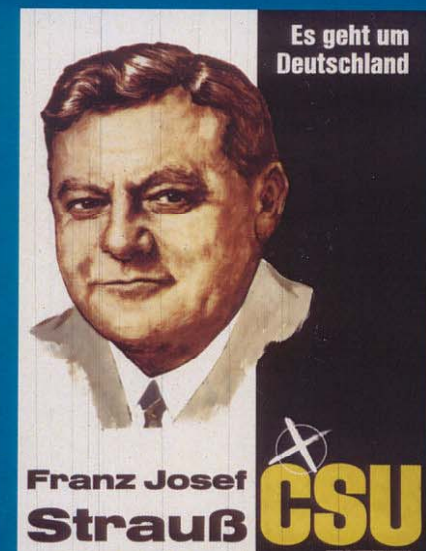


Monica H. Forbes

# CSU – BEHARRLICHE KÄMPFERIN FÜR DIE DEUTSCHE EINHEIT

Eine Darstellung in Zitaten aus den Jahren 1947–2010



Monica H. Forbes

# CSU – BEHARRLICHE KÄMPFERIN FÜR DIE DEUTSCHE EINHEIT

Eine Darstellung in Zitaten aus den Jahren 1947-2010



## Impressum

ISBN	978-3-88795-386-7
Herausgeber	Copyright 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Archiv für Christlich-Soziale Politik Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Monica H. Forbes, M.A. (verantwortlich) Margaritha Huth Marion Steib Isabelle Wenig Andreas Bitterhof
Redaktionsschluss	Januar 2011
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Umschlag	formidee München
Titelfotos	Archiv für Christlich-Soziale Politik

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Die Rechte an den Abbildungen, Karikaturen, Fotos und Plakaten liegen, wenn nicht anders angegeben, beim Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

## Zum Geleit

Im vergangenen Jahr konnten wir den 20. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands feiern, eine Sternstunde der deutschen Geschichte. In diesem Jahr jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem die deutsche Teilung auf die dramatischste Art sichtbar und fühlbar wurde: Der Bau der Mauer in Berlin am 13. August 1961. Wir gedenken ebenfalls des ehemaligen amerikanischen Präsidenten, Ronald Reagan, der am 6. Februar vor 100 Jahren geboren wurde. Unvergesslich bleibt sein Appell vom 12. Juni 1987 in Berlin: „Mr. Gorbachev, open this gate. Mr. Gorbachev, tear down this wall!“ Reagan hat die Erfüllung seines Aufrufs – 1987 noch kaum vorstellbar – nicht mehr im Amt erlebt.

Diese drei Gedenktage geben Anlass, uns ins Bewusstsein zu rufen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nicht das Ergebnis einer zufälligen geschichtlichen Fügung ist, sondern das Ergebnis zielgerichteten, politischen Handelns. Dass die CSU ein wesentlicher Akteur in diesem Prozess war, wird in der vorliegenden Sammlung sehr deutlich. Der frühere CSU-Partei-vorsitzende Theo Waigel resümierte damals: „Der 3. Oktober 1990 ist für die CSU ein Anlass zu großer Freude. Nach vier Jahrzehnten der Teilung leben die Deutschen wieder in einem geeinten Vaterland. Deutschland ist wieder ein uneingeschränkt souveräner Staat. Für die Christlich-Soziale Union wird dieses Datum immer mit dem Erreichen ihres großen Zieles, der Herstellung der deutschen Einheit, verbunden sein.“

Deutlich wird aber auch: Die Tatsache, dass das ganze deutsche Volk heute ungeteilt in einem demokratischen und freiheitlichen Staat leben kann, war nie eine Selbstverständlichkeit, als die sie jetzt von vielen, gerade in der nachwachsenden Generation, empfunden wird. Um die Einheit in Freiheit musste viele Jahre gerungen werden. Dieses Ringen ist Teil unserer Geschichte und Teil unserer Identität. Das darf niemals in Vergessenheit geraten. Die Erinnerung daran wach zu halten, ist eine fortbestehende Aufgabe. Die Hanns-Seidel-Stiftung begreift es als Auftrag, ihren Anteil dazu beizutragen.

*Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair  
Staatsminister a.D., Senator E.h.  
Vorsitzender der  
Hanns-Seidel-Stiftung*



## Vorbemerkung

Der 20. Jahrestag der deutschen Einheit ist Anlass, die Deutschlandpolitik der CSU rückblickend zu betrachten. Mittels einer Zusammenstellung von Zitaten werden die deutschlandpolitischen Positionen und Ansätze maßgeblich engagierter CSU-Politiker aufgezeigt. In einem Beitrag des Parteiorgans Bayernkurier vom 7. November 2009 und außerdem in einem Aufsatz der Politischen Studien vom Mai 2010 (Themenheft – 20 Jahre Deutsche Einheit) bezeichnet der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer die CSU als die Partei der deutschen Einheit. Zunächst erstaunt es, dass ausgerechnet eine so tief in Bayern verwurzelte Partei wie die CSU diese Bezeichnung für sich reklamiert.

Es zeigt sich, dass die CSU durchgängig bis zum Vollzug der Einheit ein in sich erstaunlich geschlossenes deutschlandpolitisches Konzept vertreten hat. Aber auch nach dem 3. Oktober 1990 betonen Politiker der CSU ihr fortwährendes Interesse und ihre Verantwortung für das Gelingen des Zusammenwachsens der beiden Teile Deutschlands.

Ohne Zweifel haben sich die CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und Theo Waigel – in durchaus unterschiedlichen Zeiten und Konstellationen agierend – als besonders engagierte und zugleich umsichtige Verfechter der deutschen Einheit erwiesen – mag auch zuweilen der jeweilige politische Stil dies nicht haben vermuten lassen. Während es Franz Josef Strauß nicht mehr vergönnt war, die Früchte seiner Bemühungen zu ernten, hat Theo Waigel als Bundesfinanzminister an vorderster Front die Aufhebung der deutschen Teilung und Verwirklichung der Einheit mit vollziehen können, was teilweise unter massiven Angriffen seiner politischen Gegner geschah.

Neben den beiden schon genannten Parteivorsitzenden finden sich in den Reihen der CSU zahlreiche Mitstreiter für die deutsche Einheit, von denen hier nur eine Auswahl genannt werden kann. Aussagen dieser Protagonisten wie etwa Richard Jaeger, Wolfgang Bötsch und Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg spiegeln die jeweilige historische Situation, den Zeitgeist und auch den jeweiligen politischen Stil wider. Wie in einer vielschichtigen Volkspartei nicht anders zu erwarten, gibt es gelegentlich auch abweichende Einschätzungen.

Das beharrliche Eintreten der CSU in Kooperation mit den westlichen Verbündeten für eine europäische Sicherheit unter Wahrung von Demokratie und Freiheit bei gleichzeitiger Betonung der Zugehörigkeit zu einer deutschen Nation unter Einschluss des zweiten deutschen Staates war ein oftmals gewiss unbequemer politischer Weg. Galt es doch zugleich, die deutsche Frage politisch und rechtlich offen zu halten. Gerade diese Politik der Offenhaltung der deutschen Frage hat den Vollzug der Einheit erleichtert und beschleunigt.

20 Jahre nach den Ereignissen, die zur Vereinigung von Bundesrepublik und DDR führten, drohen die früheren – oftmals heiklen und politisch diffizilen – rechtlichen und politischen Bemühungen um die Einheit in Freiheit in Vergessenheit zu geraten. Dies gilt insbesondere für die nachgeborene Generation. Insofern soll und – so ist zu hoffen – kann diese Aufbereitung von Zitaten dazu dienen, nicht nur die Haltung der CSU in dieser so elementaren politischen Frage zu verdeutlichen, sondern auch komplexe Hintergründe der Deutschlandpolitik zu skizzieren.

*Monica H. Forbes, M.A.*

1947-1990

„Trotz der Aufspaltung Deutschlands in vier Zonen geben wir keinen Teil unseres deutschen Vaterlandes auf. ... Den deutschen Osten und Berlin betrachten wir als lebenswichtige Bestandteile Deutschlands.“

**Hans Ehard:** Eröffnungsrede des Bayerischen Ministerpräsidenten auf der deutschen Ministerpräsidenten-Konferenz in München am 6. Juni 1947



Foto: Bundesarchiv,  
Bild 183-H27936 / N.N. / CC-BY-SA.

Gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz  
in München

„Wenn immer wieder das Schreckgespenst eines bayerischen Separatismus an die Wand gemalt wird, so möchte ich nach Bayern hinein und von dieser Stelle aus Bayern heraus das Wort sagen: Selbst wenn es in Bayern da und dort einen verträumten Separatisten geben sollte, der nur sich und seine kleine bayerische Umwelt sieht, so könnte das nichts an der Tatsache ändern, daß Bayern niemals mehr eine geschichtliche Entwicklung abstreifen kann, die es schicksalsmäßig mit Gesamtdeutschland verbunden und verwoben hat.“

**Hans Ehard:** Die europäische Lage und der deutsche Föderalismus. Ansprache am 3. April 1948 in Regensburg





„Wir wollen – das sei mit aller Deutlichkeit und endgültig für den Standpunkt unserer Fraktion klargestellt ... – uns auf keinen Fall abfinden mit dem Provisorium der Bundesrepublik. ... Für uns steht am Ende des Weges das Definitivum einer gesamtdeutschen Lösung. ... Ich habe nicht gegen gesamtdeutsche Wahlen gestimmt. Ich werde als Bayer, der entgegen manchen Landsleuten niemals den gesamtdeutschen Standpunkt auch nur einen Millimeter aufgegeben hat, niemals zulassen, daß vom Recht der Länder ein Millimeter abgezwickelt wird. ... Wir wollen die deutsche Einheit in Freiheit wiederherstellen; aber wir wissen auch, daß die Lösung all dieser Fragen nicht allein durch unseren guten Willen herbeigeführt werden kann, sondern nur durch ein geeintes Europa, das weiß, was es will, und das als Verhandlungspartner ernst genommen wird. ... Wer auf den Anschluß der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichtet, gibt die deutsche Einheit preis, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht. Die verhängnisvolle These, die manchmal auch in der SPD angeklungen ist: Zuerst Einheit, dann Europa, wird von uns mit der klaren Parole beantwortet: Über die Einheit Europas zur Wiedervereinigung Deutschlands!“

**Franz Josef Strauß:** Bundestagsrede am 7. Februar 1952, abgedruckt in: Wagner, Leo: *Franz Josef Strauß. Bundestagsreden*, Bonn 1968, S. 31 f.

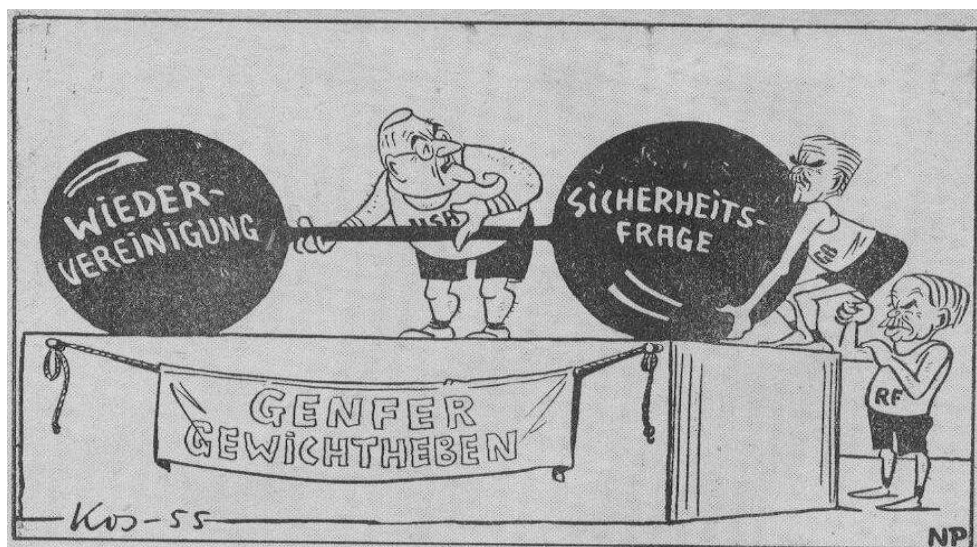


„Wir können die anderen nicht von ihrer Verantwortung für die Einheit und Sicherheit Deutschlands lossprechen. Wir sollen aber jede Gelegenheit benutzen, um die Verantwortung für uns selbst auch wieder selbst in die eigene Hand zu nehmen, soweit wir dazu in der Lage sind, und die anderen dann zu echter Mitverantwortung in unserem Sinne zu zwingen. ... Es ist notwendig und zweckmäßig, eine Viererkonferenz zu verlangen, in der über die deutsche Einheit und über einen deutschen Friedensvertrag entschieden wird“.

**Franz Josef Strauß:** Bundestagsrede am 10. Juli 1952, abgedruckt in: Wagner, Leo: Franz Josef Strauß. Bundestagsreden, Bonn 1968, S. 42 f.

„Bei jeder Gelegenheit, meine Herren von der SPD, betonen Sie die Schwäche und Unzuverlässigkeit Frankreichs, ganz besonders hinsichtlich seiner Einstellung zur deutschen Einheit. Wer gibt Ihnen denn die Garantie, daß eine Viermächtekonferenz hinter verschlossenen Türen über das Schicksal einer wehrlosen Bundesrepublik und eines gespaltenen Volkes, an der Frankreich teilnimmt und Deutschland nicht teilnimmt, für uns besser ist als eine vertragliche Verpflichtung aller Westmächte zur Wiedervereinigung Deutschlands in einem Bündnissystem, in dem man über diese Frage ohne Deutschland nicht mehr diskutieren kann?“

**Franz Josef Strauß:** Bundestagsrede am 5. Dezember 1952, abgedruckt in: Wagner, Leo: Franz Josef Strauß. Bundestagsreden, Bonn 1968, S. 64 f.



Copyright by NORDPRESS

#### Logische Prognose

Dulles: „Auf Anhieb kaum zu stemmen, weil die Dinger so schwer sind und zusammenhängen!“ (NP)

„Für uns muß jede außenpolitische Entscheidung nach zwei großen Gesichtspunkten beurteilt werden: 1. Nützt diese Entscheidung der Wiedervereinigung unseres Volkes in Frieden und Freiheit? 2. Ist diese Entscheidung ein Beitrag zum Zusammenschluß Europas und zur Sicherheit der freien Völker der Welt? Diese beiden Gesichtspunkte – und damit komme ich auf Ihr erstes Argument zu sprechen, das Sie gemeiniglich anzuwenden pflegen –, diese beiden Gesichtspunkte: Wiedervereinigung unseres Volkes, Zusammenschluß Europas und Sicherheit der freien Völker der Welt, stellen keinen Gegensatz dar; sie sind untrennbar miteinander verbunden. Die Freiheit unseres Volkes ist keine Frage für sich allein.

Jeder Beitrag, den wir für die Freiheit aller Völker leisten, ist gleichzeitig ein Beitrag für die Freiheit unseres Volkes.

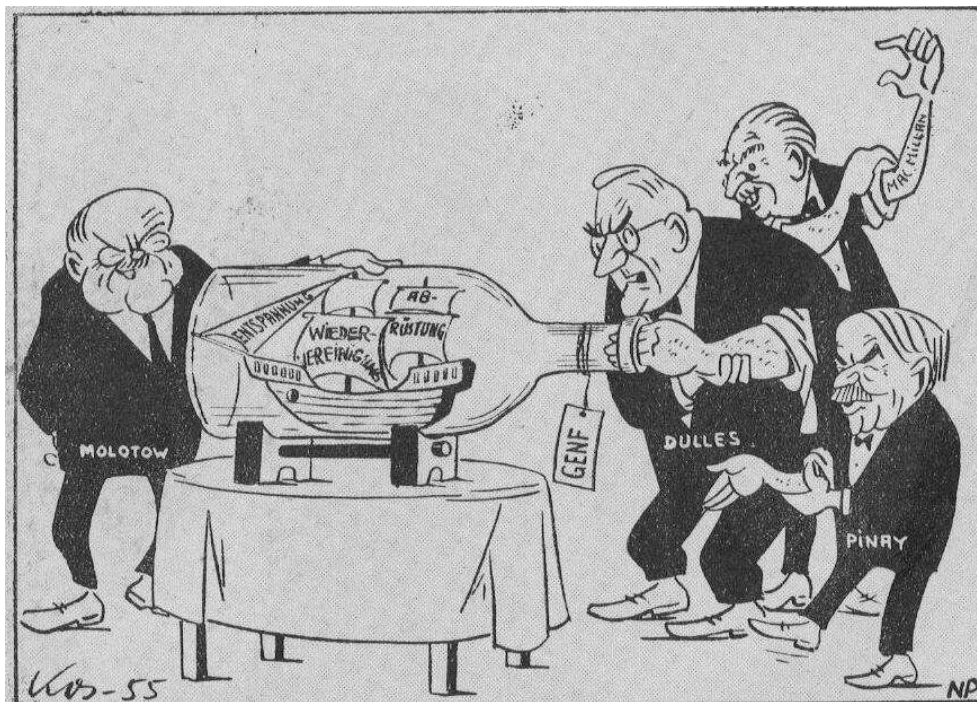
Der Kampf für die Freiheit unseres Volkes steht in einem unauflöselichen Zusammenhang mit dem Ringen um die Freiheit aller Völker. Wir müssen uns deshalb der Tatsache bewußt sein, daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nicht für sich allein gesehen und wahrscheinlich auch nicht für sich allein gelöst werden kann. Für uns ist diese Frage **das** große politische Anliegen unseres Volkes. Für die anderen Völker in Ost und West ist diese Frage **ein** Problem unter mehreren, wenn auch wesentliches.

... Die Wiedervereinigung ist weder eine politische Erfindung der SPD noch hat sie ein Monopol auf diesem Gebiet oder kann eine Patentlösung dafür aufweisen.

Mit dem häufigen Gebrauch des Wortes ‚Wiedervereinigung‘ ist nicht viel mehr erreicht als ein ständiges Memento. Einen realen Schritt vorwärts zu diesem Ziele tut nur derjenige, der dem politisch handlungsfähigen Teil des deutschen Volkes wieder politischen Einfluß und politisches Gewicht verschafft.

... Da man aber das letzte Risiko, um dieses Ziel zu erreichen, nämlich einen Waffengang mit den Vereinigten Staaten von Amerika weder auf sich nehmen kann noch will, haben die Sowjets die trügerische Fata Morgana der handgreiflich nahen Wiedervereinigung heraufbeschworen und als Preis dafür den Verzicht auf die europäische Einigung und die Preisgabe des Sicherheitssystems der freien Völker mit Einschluß der Bundesrepublik Deutschland gefordert, um auf diesem Wege den Abzug der Amerikaner aus Europa zu erreichen. Genau an diesem Tage, am Tage des Abzugs würde die Politik der Koexistenz aufhören und an ihrer Stelle die Politik der bedingungslosen Unterwerfung treten, für Deutschland die Wiedervereinigung in Form der Gesamtbolschewisierung. ... Wir sprechen von Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Wir sollten davon eine lebendige und klare Vorstellung haben, statt diese Worte zu einer stereotypen Formel erstarren zu lassen, die man manchmal nur um des Alibis willen regelmäßig in den Mund nimmt. Wiedervereinigung in Frieden heißt, daß der Krieg als Mittel der Politik, d. h. als gewaltsamer Weg zur Wiedervereinigung nach unseren Absichten ausgeschlossen ist und bleiben muß.“

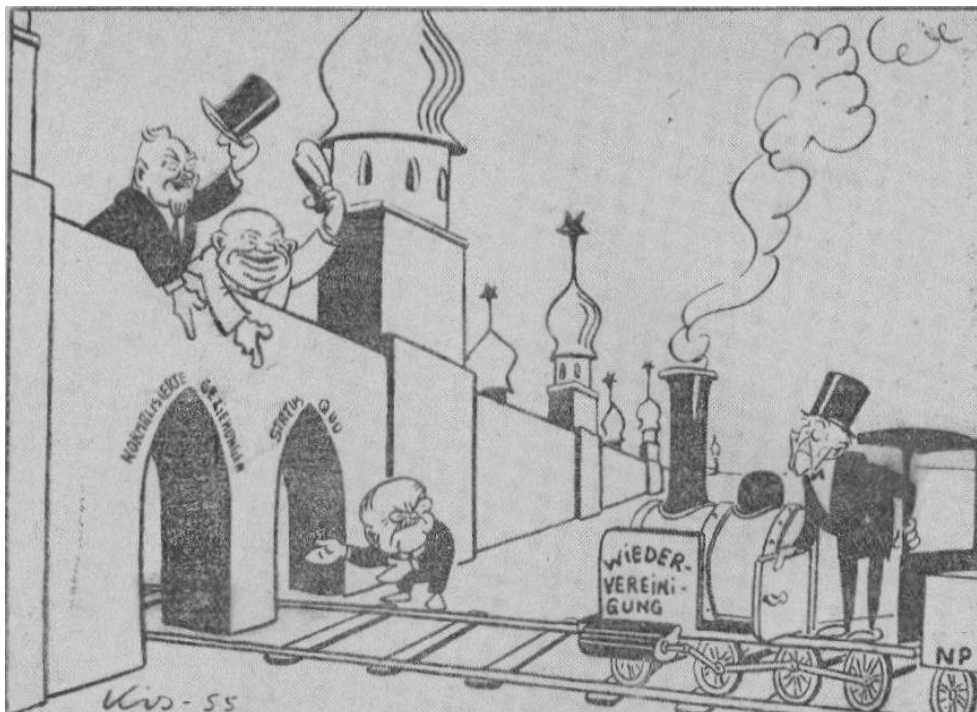
**Franz Josef Strauß:** *Bundestagsrede am 24. Februar 1955, abgedruckt in: Wagner, Leo: Franz Josef Strauß. Bundestagsreden, Bonn 1968, S. 68 ff.*



Copyright by NORDPRESS

### Das Konferenz-Flaschenschiff

Wenn überhaupt, dann ist es nur mittels größter Geschwindigkeit herauszuholen. (NP)



Copyright by NORDPRESS

### Adenauers Kreml-Fahrt

Die russischen Gleise sind anscheinend so gelegt, daß die Wiedervereinigung dabei kaum weiterkommt. (NP)



Foto: Bundesbildstelle

Fritz Schäffer offenbarte in einer Presseerklärung des Bundespresseamts vom 12. November 1958, er habe sich am 20. Oktober 1956 in seiner damaligen Funktion als Bundesminister der Finanzen „ausführlich mit dem damaligen sowjetischen Botschafter in Ostberlin über die Frage unterhalten, ob die Sowjet-Union bereit sei, für die Wiedervereinigung Deutschlands einem Verfahren zuzustimmen, das zuerst allgemeine politische Betätigungsfreiheit wiederherstellt und dann in ganz Deutschland allgemeine, freie Wahlen für die Bildung einer gemeinsamen deutschen Nationalversammlung vorsieht.“

**Fritz Schäffer**, zitiert nach: *Der Spiegel*, Nr. 47, 19. November 1958, S. 23



Foto: Bundesbildstelle

„Auch und gerade wir Deutsche mit dem zentralen Anliegen unserer Politik, der Wiedervereinigung, können es uns nicht leisten, unrealistischen Wunschträumen nachzuhängen und uns politisch zu isolieren.“

**Richard Jaeger**: *Zehn Jahre Atlantikpakt*, in: *Politische Studien*, Heft 108, April 1959, S. 234





Foto: Bundesbildstelle

„Germany is the key to Europe and therefore the consolidation of the *status quo* would prevent for the foreseeable future the unification of Europe. ... The Western European countries, with American support, can use the German problem in their turn as a lever for achieving true European unity. ... An increasing number of Germans may come to regard Moscow as the key to reunification, even though the contrary is true. Moscow is in fact the lock which could be opened by the key of a European Federation.“

**Franz Josef Strauß:** *The Grand Design*, London 1965, S. 38 bzw. S. 80



Foto: Bundesbildstelle



„Wenn es wahr ist, daß die Ebene der Auseinandersetzungen zuvörderst die politische Ebene ist, dann hat das Recht eine wesentliche Funktion inmitten unserer Zeit. Dann handelt der, der Rechtspositionen aufgibt, törricht, weil er die einzigen Elemente des politischen Handelns, die es überhaupt gibt, nämlich das Rechtsgut der Völker – nicht nur das des deutschen Volkes, sondern auch das unserer östlichen Nachbarn –, wegwirft ohne etwas einzuhandeln. Dann handelt er so törricht wie ein Feldherr in früheren Jahrhunderten, der sich zur Selbstzerstörung eines Teiles seiner eigentlichen Waffen entschlossen hätte.“

**Walter Becher:** *Gegen jede Zementierung des Unrechts, in: Sudetendeutsche Zeitung, 22. März 1965 (Der Bundestagsabgeordnete und Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der Aussprache zur Lage der Nation im Bundestag)*



„Wer *ein* Deutschland will, muß sich Ulbrichts Anspruch widersetzen, ein zweites Deutschland zu vertreten; wer ein ganzes *freies* Deutschland schaffen will, kann nicht die deutschen Kommunisten einladen, an diesem Werke mitzuwirken; wer die Teilung Deutschlands beenden will, kann dem Spalter Deutschlands nicht Partnerschaft gewähren.“

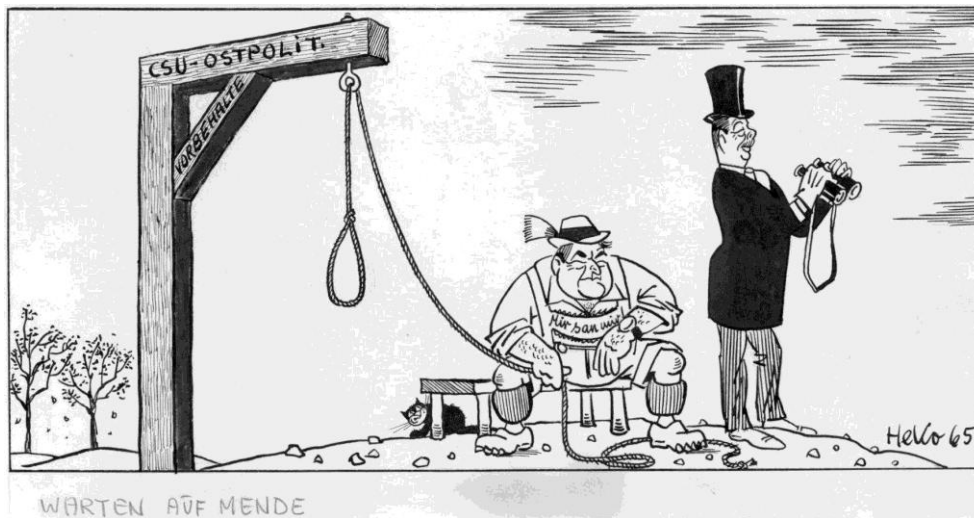
Daher gibt es für uns nur einen Kurs: nämlich die unbeirrte Fortsetzung unserer Ein-Deutschland-Politik – unseres Anspruchs für alle Deutschen zu sprechen, unserer Politik der Nichtanerkennung der Zone – und also auch die Fortsetzung all dessen, was man mit einem schlechten Namen die ‚Hallstein-Doktrin‘ genannt hat. Und deshalb wagen wir den Satz, daß die Sache der Freiheit der Deutschen bei keinem besser aufgehoben ist, als bei der bayerischen CSU.

Wir sind überzeugt, daß es keine gangbare Alternative zu diesem Kurs gibt. Denn wer – und sei es nur schrittweise und vorsichtig – diesen Weg verlassen wollte, der spielte sich, ob er es weiß oder nicht, der sowjetischen Deutschland-Politik in die Hände. Wer die die *Ein*-Deutschland-Politik verläßt oder ihr durch seine Taten entgegenwirkt, der öffnet das Tor für die *Zwei*-Deutschland-Politik Moskaus.“

**Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg:** *Rede auf dem Landesparteitag in Nürnberg am 17. Juli 1965*

„Auch wir sind selbstverständlich dafür, jeden Weg zu überlegen, mit dem gegebenenfalls Erleichterungen für das Schicksal unserer Landsleute in der Zone erreicht werden können. Aber ein solcher Wunsch darf uns niemals dazu verleiten, eine sog. Politik der kleinen Schritte zu beginnen, die gleichzeitig bedeuten würden, kleine Schritte zu tun, mit denen jeweils der sog. zweite deutsche Staat des Herrn Ulbrichts mehr und mehr als gleichberechtigter Gesprächspartner in deutschen Dingen in Erscheinung treten würde.“

**Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg: Bayerischer Rundfunk, 2. September 1965**



„Diese Bonner Revauchisten zwingen uns noch die sowjetische Papierkorbproduktion zu verdoppeln Genosse!“  
11/vi.

„Wir brauchen in Deutschland eine handlungsfähige Regierung, die in der Lage ist, das große Europakonzert in Gang zu setzten. Wiedervereinigung der gespaltenen deutschen Nation und die Teilung Europas sind keine voneinander zu trennenden Probleme. ... Das stellt aber Bonn vor die Notwendigkeit, die Rangfolge seines außenpolitischen Handelns darauf abzustellen, daß ein politisch geeintes Westeuropa in einer neugestalteten atlantischen Verbindung die Vorbedingung für eine Wiedervereinigung darstellt.“

**Franz Josef Strauß:** *Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 162*



„Ich kann mir unter den gegebenen und vorausschaubaren Umständen und den möglichen Entwicklungen und Entwicklungslinien nicht vorstellen, daß ein gesamtdeutscher Nationalstaat wieder entsteht, sei er auch neutralisiert, aber ungebunden.“

**Franz Josef Strauß:** *Nation mit neuem Auftrag, in: Die Zeit, Nr. 15, 8. April 1966*

„Man darf nicht tun, als sei das Faktum, daß wir die Wiedervereinigung nicht erreicht haben, eine Folge des Mangels an Gedankenreichtum bei den Politikern der Regierungskoalition. Die harten Tatsachen, mit denen man es hier zu tun hat, lassen sich durch Phantasie und sogenannte gute Einfälle nicht aus der Welt schaffen, und erst recht nicht durch das bei uns so verbreitete Wunschdenken. Allein, die Wiedervereinigung ist ein so überragend wichtiges Ziel, daß man jede geistige Anstrengung, um das Problem vielleicht noch besser zu durchdringen und bisher noch nicht beachtete Möglichkeiten zu entdecken, begrüßen und fördern muß.“

**Richard Jaeger:** *Der Deutsche Rat ist überflüssig, in: Rheinischer Merkur, 10. Juni 1966. (Jaeger war damals Bundesminister der Justiz.)*



„Das Gedenken an den 17. Juni 1953 hat nichts mit jener Spießerrattitüde zu tun, die sich im bequemen Lehnstuhl der Zugehörigkeit zu einer Nation erfreut, die einmal Helden hervorgebracht hat. Es soll vielmehr an die Tatsachen erinnern, die spätestens an diesem Tage für alle Welt offenbar wurden und auch heute noch gelten. Die Deutschen im anderen Teil unseres Landes leben unter einer Regierung, die sie sich nicht selbst gewählt haben und die von der Gnade und dem Befehl Moskaus abhängt. Wer vom Herrn etwas erreichen will, darf nicht mit dem Knecht verhandeln.“

**Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg:** Vor 13 Jahren, in: *Abendzeitung*, 16./17. Juni 1966

„Ich weiß, daß es schwer ist, von Wohlstand, Glück und Freiheit zu reden, wenn damit nur ein Teil unseres Volkes gemeint werden kann. Es ist für mich nicht nur eine politische, sondern in erster Linie eine menschliche Verpflichtung, alles in meiner Kraft Stehende zu tun, damit eines Tages auch die Menschen im anderen Teil unseres Vaterlandes gemeinsam mit uns in Wohlstand, Sicherheit und Freiheit leben können.“

**Alfons Goppel:** Schreiben vom 14. November 1966

„Unverändert betreibt Moskau und Ostberlin die Anerkennung der ‚DDR‘ durch uns –, die Zustimmung der freien Deutschen also zur Spaltung unserer Nation, zur Existenz eines künstlich geschaffenen und künstlich am Leben gehaltenen kommunistischen ‚zweiten deutschen Staates‘ auf unserem



Boden. ... Das Dilemma der deutschen Politik ist dies: Ohne Zustimmung der Sowjetunion wird es keine befriedigende Lösung des deutschen Problems geben; und also sind wirkliche Entspannung und Wiedervereinigung nicht voneinander zu trennen. ... In Wahrheit ist diese Formel – durch Entspannung zur Wiedervereinigung – nicht minder irreführend als ihr Gegenteil, nach dem ohne Wiedervereinigung keine Entspannung möglich sei. Weder wäre es nämlich der Wiedervereinigung dienlich, wollte sich die deutsche Politik jeglichen Entspannungsversuchen widersetzen noch aber darf die Suche nach Entspannung dazu führen, das Thema der Wiedervereinigung in Vergessenheit geraten zu lassen.“

**Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg:** *Entspannung und Wiedervereinigung*, in: *Abendzeitung*, 5. Dezember 1966



„Die CSU darf es für sich in Anspruch nehmen, schon seit Jahr und Tag ein außenpolitisches Programm vertreten zu haben, daß die Überwindung der europäischen Spaltung als wesentliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung unseres Volkes beinhaltet. ... Wir müssen eine auf unsere nationalen wie auf die europäischen Interessen gleichermaßen ausgerichtete Entspannungspolitik betreiben, die sich gegenüber den Entspannungs-bemühungen und Absprachen der beiden Atomwelt-mächte Geltung zu verschaffen hat. Eine Fixierung des

Status quo, der im Rahmen einer bipolar bestimmten Weltpolitik Europa in Aufsichts-bereiche der Sowjetunion und der USA eingeteilt halten würde, was nach Moskauer Vorstellungen durch ein europäisches Sicherheitssystem ergänzt werden soll, ist mit den deutschen Interessen und mit den unserer Nachbarn zur Linken und zur Rechten nicht vereinbar.“

**Richard Stücklen:** *Ansprache des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag*, gesendet im Bayerischen Rundfunk am 25. Januar 1967

„Der deutsche Bereich darf nicht zu einer Zone der Erstarrung werden, um die herum versucht wird, zu einer Annäherung und Zusammenarbeit zwischen europäischen Nationen hüben und drüben zu gelangen. Wenn Herr Stoph und seine Regierung nunmehr auf ihrem Standpunkt des Alles oder Nichts beharren, dann erbringen sie damit den Beweis, daß es ihnen nicht nur um die staatliche Zweiteilung Deutschlands, sondern darüber hinaus um die Erhaltung des Status quo eines geteilten Europa geht. Die Verantwortlichen in Ostberlin würden damit zeigen, daß ... die Verantwortlichkeit für die deutsche Nation wirklich allein in den Händen der freigewählten Bundesregierung liegt.“

**Richard Stücklen** zur Antwort auf den Stoph-Brief, zitiert nach CSU-Korrespondenz UC, 14. Juni 1967

Auf die Ausführungen von Egon Bahr, daß völkerrechtlich verbindliche Abkommen über den Gewaltverzicht eine Akzeptierung des Status quo implizierten, erklärte Richard Stücklen: „Dies sei eine unhaltbare Darlegung.“

**Richard Stücklen** kritisiert Egon Bahr, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 8. September 1967

„Wer heute noch den Standpunkt vertritt, daß der Schlüssel zur deutschen Wiedervereinigung in Moskau liegt, kann eigentlich alle Hoffnung fahren lassen. Übrigens stammt diese Schlüsseltheorie aus der Ideenküche des Kreml selbst, von wo sie mit der Tarnformel, die Herstellung der Einheit sei eine ‚Angelegenheit der beiden deutschen Staaten‘, unter die Leute gebracht worden ist. ... Mit dem politischen Kern einer westeuropäischen Konföderation, die für einen Zusammenschluß aller Staaten und Völker Europas eintritt, schaffen wir erst die konkrete Grundlage für eine Politik der Annäherung zwischen den beiden Teilen dieses Kontinents. Damit wird die Lösung der deutschen Frage zu einer europäischen Aufgabe; und hier liegt auch der Schlüssel, mit dem unserem Volk das Tor zu seiner Einheit wiedergeöffnet werden kann.“

**Richard Stücklen:** *Die Suche nach dem Schlüssel*, in: *Abendzeitung*, 28. September 1967

„Ich bin überzeugt, daß ... die außenpolitische Debatte den deutschen Standpunkt vor der ganzen Weltöffentlichkeit so eindeutig erhärten wird, daß es überhaupt keinen Zweifel darüber geben kann, wir werden keine Teilung Deutschlands anerkennen und keine Verzichtspolitik betreiben. Damit entfällt dann auch jede Befürchtung, wir wären bereits auf dem Weg der schrittweisen Kapitulation.“

**Richard Stücklen:** *Mit Stoph direkt. Aber kein Gedanke an Anerkennung*, in: *Nürnberger Zeitung*, 13. Oktober 1967

„Haben wir nicht längst erkannt, daß die Wiedervereinigung des deutschen Volkes nur im Rahmen eines neuorganisierten Europas von statten gehen kann, in dem staatliche Grenzen und Souveränitäten als Werte von gestern abgeschrieben worden sind. Ist es daher nicht unsere Pflicht, Berlin schleunigst aus dem Traum von der Reichshauptstadt herauszureißen und ihm eine Aufgabe in der europäischen Wirklichkeit zu übertragen?“

**Richard Stücklen:** *Gebt Berlin eine Chance! Die Stimme der CSU*, in: *Abendzeitung*, 19. Oktober 1967

„Wir haben stets betont, daß die deutsche Teilung nur in dem historischen Zusammenhang der auf die Kriegskonferenz von Jalta zurückgehenden Spaltung Europas gesehen werden kann. Die Gemeinschaft der Deutschen wird sich auch nur auf die Weise wiederherstellen lassen, daß ein Europa vom Atlantik bis an die Grenzen der Sowjetunion zu einem modernen Großraumsystem zusammenwächst. Um dieses Ziel zu erreichen, muß sich ein Geist der Solidarität bei allen Völkern dieses Kontinents entwickeln können, den wir nach besten Kräften zu fördern bereit sind. Für uns ist die deutsche Ostpolitik gleichzusetzen mit europäischer Ostpolitik. ... Wer noch immer glaubt, wir könnten mit der Nationalstaats-Theorie die Wiedervereinigung erreichen, ist auf einem hoffnungslosen Weg. Die deutsche Frage kann überhaupt nur in einer europäischen Integration gelöst werden, die über den heutigen westlichen Bereich in den osteuropäischen Raum hineinreicht.“

**Richard Stücklen:** *Stoph steht abseits, in: Die Bunte, 25. Oktober 1967*

„Wie aus der vorausgegangenen Analyse klargeworden sein dürfte, räume ich der Europapolitik Vorrang ein, weil ihr Erfolg oder Misserfolg letztlich unser Schicksal – sowohl in bezug auf unsere Sicherheit als auch in bezug auf unser nationales Problem – entscheidet.“

**Franz Josef Strauß:** *Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa, Stuttgart 1968, S. 223*

„Der folgenschwerste Fehler (aber), den wir begehen könnten, wäre die Anerkennung der Sowjetzone als zweiten deutschen Staat. Wenn wir diese Anerkennung aussprechen würden, hätten die Sowjets ihr Ziel erreicht: die deutsche Spaltung wäre rechtlich zementiert. Das freie Deutschland aber hätte sich in einem außenpolitischen Striptease alles dessen begeben, was es an Rechten noch am Leibe trägt und stände juristisch nackt und bloß an einem Konferenztisch, an dem es nicht mehr mitverhandeln könnte, sondern nur noch vom Osten diktiert bekommen würde – ein Diktat, das nur die Wahl zwischen der endgültigen Spaltung Deutschlands oder der Unterwerfung unter das kommunistische System erlauben würde. .... Wer die völkerrechtlich unangreifbare Position der Reichsgrenzen von 1937, der Grenzen also des Versailler Vertrags, den das Deutsche Reich in einer Stunde der Ohnmacht unterschreiben mußte (also wahrhaft kein imperialistisches oder nationalistisches Ziel!), aufgibt, dem Osten gegenüber den Verzicht auf die nationale Verfügung über Atomwaffen vorzeitig unterschreibt und gar das System des Herrn Ulbricht als zweiten deutschen Staat anerkennen will, der leistet unserem Vaterland den schlechtesten Dienst; er verkauft, ja er verschleudert die Lebensrechte unseres Volkes, vor allem jener siebzehn Millionen Landsleute, für die zu denken und zu sorgen uns die Geschichte und das Grundgesetz aufgegeben haben.“

**Richard Jaeger:** *Ausverkauf in Außenpolitik?, in: Abendzeitung, 18. April 1968*

„Auch die CSU hat kein Patentrezept für die zukünftige Gestaltung dieses Kontinents anzubieten, aber den Grundsatz, daß die Überwindung unserer nationalen Probleme – und es stimmt wohl, daß sich die entscheidenden Probleme im politischen Raum nicht lösen, sondern nur überwinden lassen – haben wir schon seit Jahr und Tag eingebettet in das europäische Schicksal gesehen. Das betrifft sowohl die Frage der Einheit, also der Wiederherstellung der äußeren Gemeinschaft unseres Volkes als auch die der Erhaltung seiner Existenzfähigkeit in einer Welt, deren Maßstäbe von Staaten kontinentaler Größenordnung gesetzt sind.“

**Richard Stücklen:** *Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe, 26. September 1968*

„Die CSU fordert eine Friedensordnung, der das ganze deutsche Volk in freier Entscheidung zustimmen kann. Sie strebt die Lösung der Frage der deutschen Einheit im Rahmen einer europäischen Friedensordnung an.“

**Richard Stücklen:** *CSU – modern und weltoffen, in: Abendzeitung, 12. Dezember 1968*

„Die Bundesregierung ist selbstverständlich gegen ein ungehindertes Zeigen der Symbole dieses sogenannten zweiten deutschen Staates, der letztlich nichts anderes ist als ein totalitäres Regime auf deutschem Boden, bar aller Legitimation durch die Deutschen selbst.“

**Parlamentarischer Staatssekretär Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg,** *zitiert nach: Frankfurter Rundschau, 13. Januar 1969*

„Muß es da nicht ziemlich peinlich wirken, wenn Herr Scheel auf dem Parteitag der FDP seine endlich gewonnenen Bekenntnisse über den inneren Zusammenhang von europäischer und deutscher Teilung vorträgt, um daran Vorwürfe gegen jene Politiker zu knüpfen, die seit Jahr und Tag schon Wege zu einer europäischen Lösung der deutschen Frage aufzuzeigen? Walter Scheel hat damit zwar gewiß ein ausgezeichnetes Einfühlungsvermögen in unsere Gedankengänge bewiesen; aber seiner Behauptung, es fehle anderen Politikern der Mut zu konkreten und konsequenten Vorschlägen in dieser Richtung, muß man doch ganz energisch entgegentreten.“

**Richard Stücklen:** *Deutschland-Politik ohne Demagogie, in: Abendzeitung, 8. Februar 1969*

„Vergessen aber hat der deutsche Außenminister vor allem, daß die Sowjetunion 17 Millionen Deutsche unterdrückt und nicht das leiseste Anzeichen gibt, in eine Wiedervereinigung einzuwilligen. Wie kann ein deutscher Außenminister [Anm.: Willy Brandt] von Normalisierung unserer Beziehungen zu einer fremden Besatzungsmacht sprechen, bevor diese nicht den abnormen Zustand der Besatzung aufgibt?“

**Richard Jaeger:** *Illusion statt Politik, in: Abendzeitung, 17. Juli 1969*

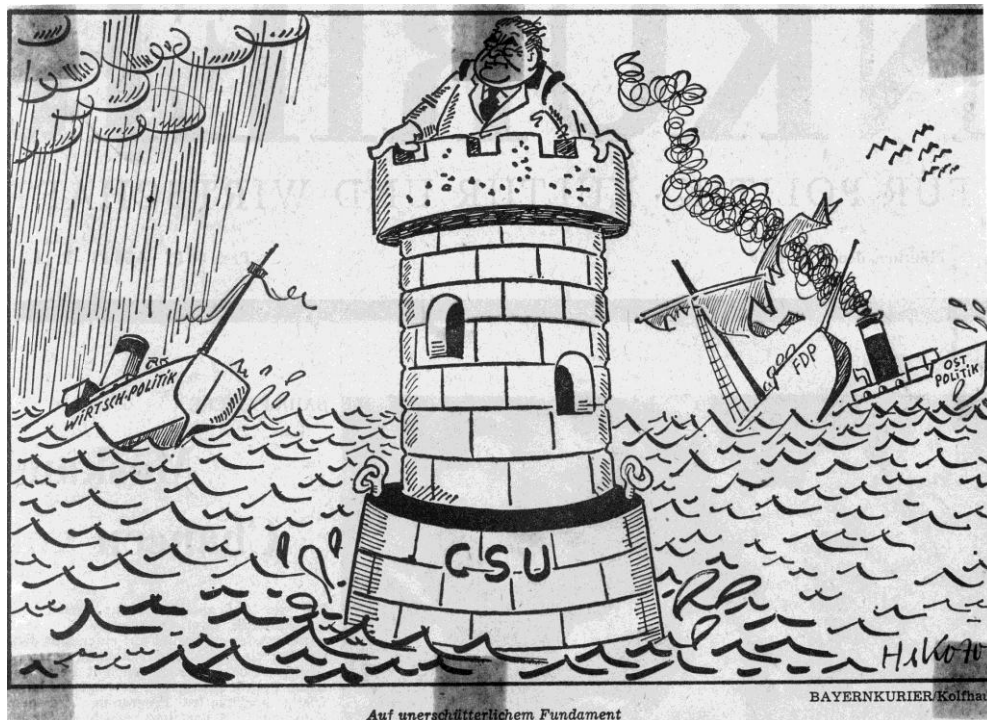
„Moskau fordert von der deutschen Bundesregierung im wesentlichen die Anerkennung der Teilung Deutschlands und den Verzicht auf eine wirksame Verteidigung im westlichen Bündnis. – Als Gegenleistung wird uns ein gesamteuropäischer Sicherheitsvertrag angeboten. Jeder normale Mensch wird einsehen, daß es um die Sicherheit und Unabhängigkeit desjenigen geschehen ist, der sich selbst aller Möglichkeiten begibt, für seine Sicherheit und Unabhängigkeit selbst einzustehen. ... Die SPD ist bereit, diesen Weg nunmehr zu gehen. ... Man fragt sich wirklich, wie eine große demokratische Partei dazu kommt, sich anzuschicken, blind ins Verderben zu laufen und ... im Falle eines entscheidenden Wahlerfolges das deutsche Volk in seiner Gesamtheit mitzureißen.“

**Richard Stücklen:** *Die gefährliche Grenze, in: Abendzeitung, 28. August 1969*

„Wenn die DDR sagt: Wir können verhandeln über die von euch vorgeschlagenen Gegenstände; wir werden im Laufe der Verhandlungen unseren Vorschlag über völkerrechtliche Anerkennung einbringen, aber ihn nicht zur Vorbedingung für Verhandlungen machen, dann wäre ich selbstverständlich nicht so töricht zu verlangen, daß der Vertreter der Bundesregierung in dem Augenblick aufsteht, die Tür hinter sich zuschlägt, wo der andere sagt: Wir würden gern über die Anerkennung mit euch sprechen. Aber er müßte dann klipp und klar antworten, daß eine völkerrechtliche Anerkennung nicht in Betracht kommt.“

**Franz Josef Strauß:** *„Ich bin kein Ostexperte“, in: Der Spiegel, Nr. 9, 23. Februar 1970, S. 25*





„Die Konzeption der CSU ist klar, verständlich, und wird hartnäckig verfolgt. Insbesondere dann, wenn es sich um die Schicksalsfragen unseres Volkes handelt. In den Schicksalsfragen unserer Nation sind wir zu keinen Experimenten bereit. Wir machen eine bewusst nationale Politik im Interesse Deutschlands. Diese Politik allerdings – und das vom ersten Tag der Gründung der CSU an – ist untergeordnet der europäischen Einigungsbestrebung. ... Kein Tauschgeschäft [Anm.: im Rahmen der Ostpolitik] kann sein die Frage der Selbstbestimmung, die Frage unserer Sicherheit, die Frage der europäischen Einigung. Hier gibt es und darf es kein Tauschgeschäft geben. Das, was der Kanzler fordern muß, ist Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung für alle Deutschen, auch für die 17 Millionen im anderen Teil unseres Vaterlandes. Das ist der Auftrag, den ihm das Grundgesetz gibt. Diese sind aber auch die erklärten Ziele, die in der Charta der vereinten Nationen als unverzichtbar niedergelegt sind. Wenn er sich auf diesem Boden bewegt, wird er die Zustimmung der freien Welt auch weiterhin haben. Das ist unsere Grundposition.“

**Richard Stücklen:** Interview mit dem Deutschlandfunk am 5. April 1970

„Und ich will diese Sache, die hier auf dem Spiele steht – um deretwillen wir schwerste Sorgen haben, gleich bei ihrem Namen nennen: es ist nicht weniger als das Recht der Deutschen, aller Deutschen!, frei zu sein – selbst über sich zu bestimmen. Dies war – ist, und muß bleiben der feste Kern, der unveränderliche Auftrag aller konkreten deutschen Politik, wo und solange sie

von Demokraten geführt wird. ... Diese Regierung [Anm. Sozial-liberale Koalition] sagt, sie spreche nur für die Bundesrepublik. Ich widerspreche, Herr Bundeskanzler. Nicht, weil ich alte Formulierungen – wie etwa jene des Alleinvertretungsrechts – für bessere Juristerei hielte als Ihre neuen Formeln. Nicht, weil ich Völkerrechtsgelehrte befragt und den Rat des einen dem Rat des anderen vorgezogen hätte. Nein, Herr Bundeskanzler. Ich brauchte noch nicht einmal die Verfassung; ich brauche nur mein Gewissen, das mir sagt, daß ich als Abgeordneter Verantwortung trage für mein ganzes Volk. Auch und vor allem für jene, die zum Schweigen verurteilt sind.“

**Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg:** *CSU-Correspondenz UC, Nr. 77, 27. Mai 1970*

„Das Recht auf die Heimat ist ein unabdingbarer Bestandteil der Menschenrechte. Wir sind verpflichtet, sie im Geiste der Verfassung und der vom Bundestag angenommenen Konventionen über die Menschenrechte einzuhalten.“

**Walter Becher:** *Volksblatt, 27. November 1970 (Erklärung zum paraphierten Vertrag mit Polen)*



„Die Zonengrenze, oder aufgewertet ‚innerdeutsche Grenze‘, trennt keine zwei Staaten, nur ein Land, aber zwei Welten. Sie trennt 17 Millionen Deutsche von 60 Millionen Deutschen. ... Diese Grenze mitten durch Deutschland zeigt zwei verschiedene Weltanschauungen. Auf der westdeutschen Seite Ackerland, Kulturland bis zur Demarkationslinie; auf der mitteldeutschen Seite Brachland, Stacheldraht, Minenfeld, Todesstreifen, Bunker und die Nationale Volksarmee mit Schießbefehl.“

**Franz Heubl:** *Der Bayerische Staatsminister für Bundesangelegenheiten teilt mit: Entspannung an der „Innerdeutschen Grenze“, undatiert, vermutlich Sommer 1971*

„Im Zusammenhang mit den von uns kritisierten Vorleistungen des Moskauer Vertrages (Anerkennung der deutschen Teilung, Verzicht auf die Ostgebiete) erweckte die Bundesregierung den Eindruck, als ob nun eine wirkliche befriedigende, Regelung bevorstünde. ... Nun aber werden wir ein weiteres Mal empfindlich zur Kasse gebeten und sollen aus der Berliner Substanz zahlen. Und dies alles für die Aussicht auf einige Reiseerleichterungen, die unter zivilisierten Menschen selbstverständlich sein sollten.“

**Richard Stücklen:** *Berlin-Abkommen. Wieder zur Kasse gebeten, in: Bayernkurier, Nr. 36, 4. September 1971*

„Die CSU ist nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die in ihrer theoretischen Fundierung und praktischen Auswirkung darauf hinausläuft, in der Welt den Eindruck zu verstärken, daß es Deutschland nicht mehr gibt, sondern nunmehr zwei Teilstaaten.“

**Franz Josef Strauß:** *CSU-Parteitag in München, 17. Oktober 1971*

„Das Offenhalten der deutschen Frage einschließlich der Frage der Ostgrenzen bedeutet in der Tat, daß für die CDU / CSU bis zu einer Gesamtregelung aller Deutschland betreffenden Fragen keinerlei Gebietsabtretung in Frage kommt. Jede andere Position würde eine optimale Lösung des deutschen Problems unmöglich machen.“

**Richard Stücklen:** *Die USA nicht aus Europa vertreiben, in: Das Deutsche Wort, 1. Dezember 1971*

„Wir Bayern dürfen uns nicht scheuen, die letzten Preußen zu sein, wenn die Historie es von uns verlangt.“

**Franz Josef Strauß** (*hinsichtlich der Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht*), *in: Der Spiegel, Nr. 4, 17. Januar 1972, S. 20*

„Konrad Adenauer und die Ostpolitik der CDU / CSU haben dabei stets die Freiheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland gewahrt, das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen gesichert und die deutsche Frage offengehalten.“

„... Die CDU / CSU wird Deutschland weder dem Sozialismus noch dem Bolschewismus ausliefern! Wir werden uns allen Kräften widersetzen, die darauf abzielen, die freiheitlich-demokratische Ordnung unserer Gesellschaft auszuhöhlen oder gar zu zerstören. Wir werden, wie in den zwei Jahrzehnten zuvor, dafür sorgen, daß die persönliche Freiheit des Einzelnen nicht eingengt wird und daß die Bürger unseres Landes in Ruhe und Frieden und in einem geordneten, modernen Staat leben können. Das ... hat die CDU / CSU mit Deutschland vor!“

**Richard Stücklen** *in der Bundestagsdebatte zu den Ostverträgen am 23. Februar 1972, CDU / CSU Fraktion des Deutschen Bundestages, Presserreferat*

Die CSU könne ihre „Funktion als selbstbewußter Kern der Deutschlandpolitik“ nur erfüllen, wenn „wir so oder so über Bayern hinauswirken.“

**Walter Becher,** *zitiert nach Leverkusener Anzeiger 22. Juni 1972*

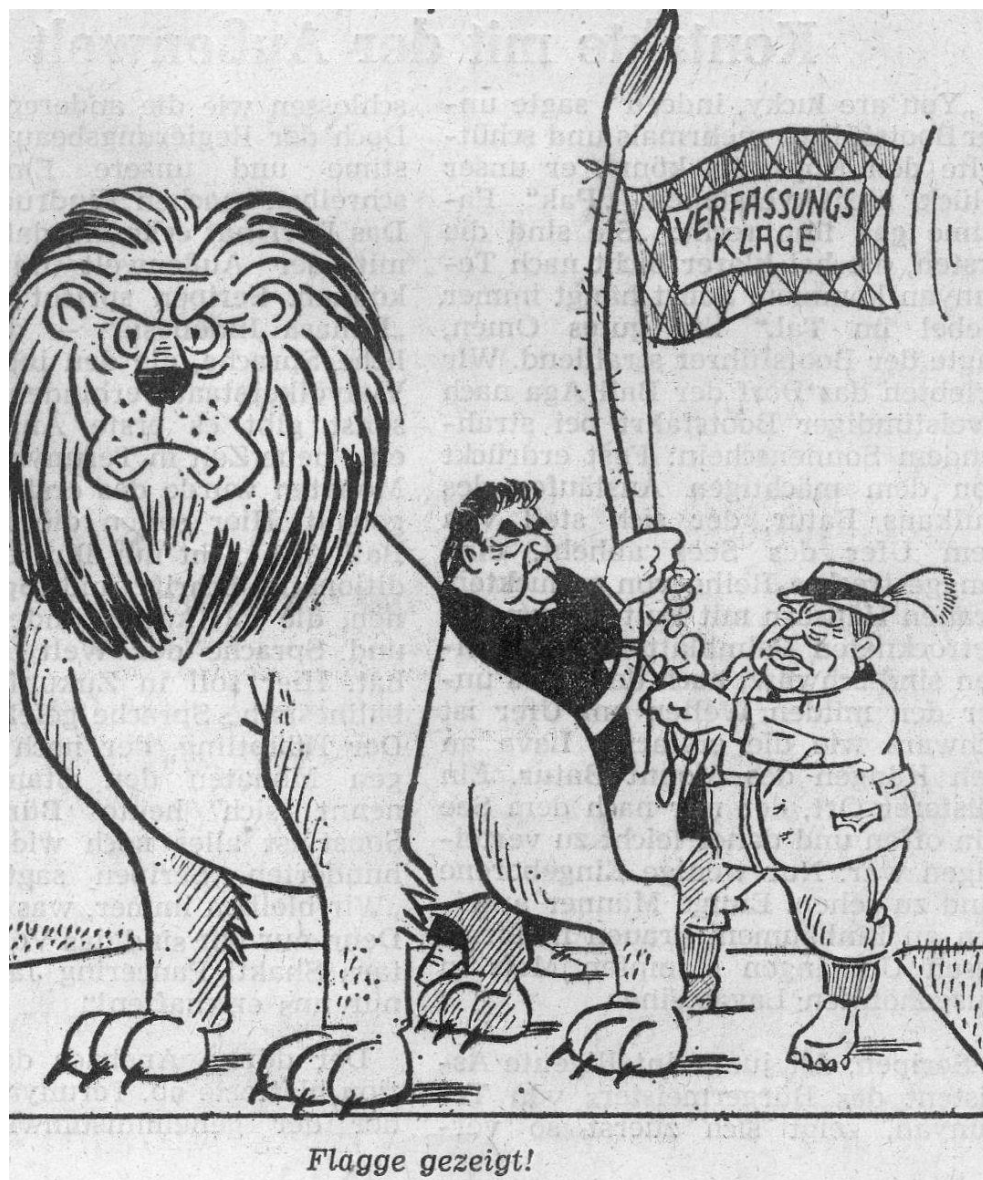
„Friedensschalmeien und Nobelpreis können über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Regierung Brandt weder den Auftrag des Grundgesetzes erfüllt, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, noch die berechtigten Interessen der Bundesrepublik energisch wahrnimmt. Worte statt Taten, Illusionen statt Realitäten – das ist der Bankrott der deutschen Außenpolitik. Brandt ist reif zur Ablösung.“

**Richard Jaeger:** *Regierung Brandt hat Auftrag des Grundgesetzes nicht erfüllt, in: Fürstfeldbrucker Tagblatt, 17. Oktober 1972*

„Schließlich darf sich die Union in der Deutschlandpolitik keinen Schwächeanfall mehr leisten. Unsere Wähler vertrauen darauf, daß wir nicht nur in Worten, sondern auch in Taten für die Einigkeit, das Recht und die Freiheit unseres Volkes eintreten. Dies geht aber nur, wenn wir in der Beurteilung unserer nationalen Interessen wieder grundsätzlicher werden. Dinge, die mit Außenpolitik zusammenhängen, bedürfen eines langen Atems. Kurzatmiger tagespolitischer Opportunismus bringt nur vermeintliche Vorteile, und der Katzenjammer kommt bestimmt.“

**Richard Stücklen:** *Klare Artikulation nötig, in: Augsburgener Allgemeine, 1. Dezember 1972*





**Franz Josef Strauß** befürwortete die Aussage vom Vorsitzenden der CDU / CSU-Bundestagsfraktion **Karl Carstens**, der gesagt hatte: „Sicherlich schreibt das Grundgesetz der Regierung nicht vor, welchen Weg sie einschlagen muß, um zur Wiedervereinigung zu kommen, aber man wird wohl aus dem Grundgesetz entnehmen müssen, daß eine Regierung auch nichts tun darf, was die Wiedervereinigung erschwert und zwar die Wiedervereinigung in den verschiedenen Formen, in denen das Grundgesetz sie ins Auge faßt. Das ist meiner Meinung nach der Punkt, auf den es hier ankommt. Aber das ist nicht der einzige Punkt. Es gibt eine Reihe weiterer verfassungsrechtlicher Bedenken gegen den Grundvertrag.“ Strauß weiter: „Die einzige Frage innerhalb der CSU war, ob es politisch zweckmäßig und taktisch richtig sei, das Verfassungsgericht anzurufen.“

**Franz Josef Strauß:** *Der Gang nach Karlsruhe*, Bayernkurier, Nr. 22, 2. Juni 1973



„Die deutsche Nation, die im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation ihren Ursprung hat, und mit ihrem wechselvollen Schicksal das bewegende Element unserer neueren Geschichte ist, ist ein so hohes Gut, daß jede staatliche Gewalt an ihren Handlungen zur Erhaltung dieses Gutes gemessen wird.“

**Alfons Goppel:** *Schriftsatz vom 18. Juni 1973, zitiert nach: Blumenwitz, Dieter: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1995, S. 348*

„Das ist ein Sieg Bayerns. Man kann es pathetischer ausdrücken: Ein Sieg Bayerns für die Verfassung, die in einem Augenblick noch einmal gerettet wurde, als sie bereits durch eine Politik des zuerst allmählichen und dann immer rascheren Nachgebens gegenüber den Sowjets und ihrem Anhängsel ‚DDR‘ mit nicht mehr übersehbaren Folgen für unser inneres und äußeres Schicksal und das Westeuropas ausgehöhlt zu werden drohte. Jetzt muß die Bundesregierung verfassungsbrüchig werden, wenn sie dieses Ziel verfolgen will. ... Durch ‚Koexistenz auf deutsch‘ sollten die Verpflichtungen des Grundgesetzes ausgehöhlt und verdrängt werden bis hin zu dem Punkt, wo dann der Grundvertrag die Verfassung abzulösen begonnen hätte und die Bundesrepublik zu einem Spielball der sowjetischen Hegemonie in einem hilflosen Europa geworden wäre. ... Ohne dieses Urteil und seine Begründung, das heißt ohne die Klage Bayerns, hätte die Bundesregierung freie Hand bei der Auslegung des Grundvertrages und könnte nach dem bei ihr nicht seltenen Motto handeln: Was kümmert mich meine Festlegung von gestern. Bayern hat erreicht, was es wollte. Die Geschichte wird es würdigen.“

**Franz Josef Strauß:** *Der Spruch von Karlsruhe, in: Bayernkurier, Nr. 31, 4. August 1973*

„Mit dem Urteil hat Bayern einen großen Erfolg für Deutschland errungen! Bayern ist es zu verdanken, daß das Bundesverfassungsgericht der Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt klare und eindeutige Schranken gesetzt hat. ... Hinweggefegt werden durch das Urteil Forderungen nach völkerrechtlicher Anerkennung des SED-Regimes. ... Das Gericht weist darauf hin, daß unser Grundgesetz von einem gesamtdeutschen Staatsvolk und einer gesamtdeutschen Staatsgewalt ausgeht und daß die Bundesrepublik identisch mit dem 1945 nicht untergegangenen Deutschen Reich ist. ... Das Gericht verpflichtet die Bundesregierung, die Welt mit der deutschen Frage zu konfrontieren: ‚Den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten‘ ... Das Urteil von Karlsruhe bestätigt in allen wesentlichen Punkten die deutschlandpolitischen Grundsätze der CSU und bildet auch für die Zukunft eine Handhabe, um ein weiteres Abgleiten der Brandtschen Deutschland-Politik in östliches Fahrwasser zu verhindern.“

**Richard Stücklen:** *Schranken für Ostpolitik, in: Augsburgener Allgemeine, 10. August 1973*

„Mit keinem Wort erwähnte der neue Kanzler [Anm.: Helmut Schmidt] in seiner Regierungserklärung die deutsche Teilung und ihre Unmenschlichkeit, mit keinem Wort den fortdauernden Willen aller Deutschen zur Wiedervereinigung in Freiheit. Er unterließ dies, obwohl auch und gerade er nach dem Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts dafür sorgen müßte, daß der ‚Wiedervereinigungsanspruch‘ im Innern wachgehalten und nach außen beharrlich vertreten‘ wird.“

**Richard Stücklen:** *Geteiltes Deutschland, in: Augsburgener Allgemeine, 10./11. August 1974*

Im Zusammenhang mit den KSZE-Verhandlungen forderte der stellvertretende Vorsitzende der CDU / CSU-Bundestagsfraktion: „Sie [Anm.: die Bundesregierung] muß darauf dringen, daß die Menschenrechte für alle Deutschen gewahrt werden, daß Freizügigkeit in Europa erreicht wird und daß Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl beseitigt werden.“

**Richard Stücklen:** *Deutsche Spaltung nicht zementieren!, in: Bild am Sonntag, 13. Oktober 1974*

„Die Wiederbelebung eines deutschen Nationalstaates im Herzen von Europa kommt für uns nicht in Betracht. Wir stehen nicht für die Wiederbelebung einer europäischen Staatenwelt mit einem deutschen Reich in der Mitte.“

**Franz Josef Strauß** 1975, zitiert nach: *Ein deutscher Nationalstaat kommt für uns nicht in Betracht, in: Süddeutsche Zeitung, 22. Mai 1985*

„Franz Josef Strauß und die CSU sehen ihre Aufgabe darin, einen Kurswechsel in der deutschen Politik zugunsten eines freien Deutschlands in einem freien Europa herbeizuführen.“

**Richard Stücklen:** *Was die CSU von der CDU erwartet, in: Mannheimer Morgen, 23. Juni 1975*

„Die Sowjetunion sieht das Kernstück der Konferenz [Anm.: KSZE] in der internationalen Verankerung des Prinzips der ‚Unverletzlichkeit der Grenzen‘. Das klingt auf Anhieb gut, bedeutet jedoch vor dem Hintergrund der expansiven sowjetischen Zielvorstellungen nichts anderes, als daß für alle Zukunft, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit, aber auch jede andere aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker angestrebte Veränderung territoriale Veränderung zum Nachteil des heutigen sowjetischen Machtbereichs zu unterbleiben hat. Das Ganze soll nicht nur bilateral und unter deutschen Vorbehalten abgesichert sein wie bei den Ostverträgen, sondern multilateral und ohne besonderen deutschen Vorbehalt.“

**Richard Stücklen:** *Erfolg für Moskau, in: Augsburgener Allgemeine, 11. Juli 1975*

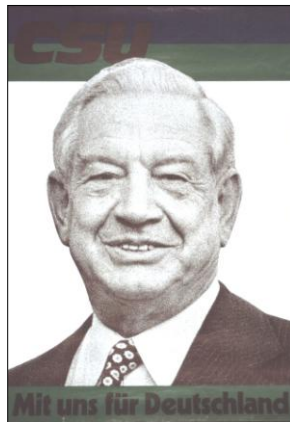


„In all dieser Zeit war Franz Josef Strauß zugleich ein unermüdlicher Streiter für die Vereinigung des freien Europas und für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen mit dem Ziel, die friedliche Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Recht und Freiheit herbeizuführen.“

**Richard Stücklen:** *Franz Josef Strauß 60 Jahre alt, CSU-Pressemitteilungen, 5. September 1975*

„Bei den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR handelt es sich um ein Verhältnis besonderer Art, wie das Bundesverfassungsgericht im einzelnen festgelegt hat. Die Bürger der DDR sind ebenfalls deutsche Staatsangehörige. Es besteht deshalb eine besondere Verpflichtung für die Politiker in der Bundesrepublik, am menschlichen Schicksal der Bewohner der DDR Anteil zu nehmen, auf ihre Empfindungen Rücksicht zu nehmen.“

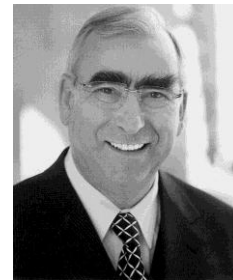
**Ministerpräsident Alfons Goppel** erläutert warum er sich weigerte den Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in der Bundesrepublik, Michael Kohl, während seines offiziellen Besuchs in Bayern zu empfangen [Anm.: Pressemeldungen über Zwangsadoptionen von Flüchtlingskindern in der DDR konnten von Kohl nicht dementiert werden], in: *Abendzeitung, 17. Dezember 1975*



Ministerpräsident Alfons Goppel meinte zur Resonanz auf seine Ausladung des Ständigen Vertreters der DDR, es habe ihn gefreut: „Daß es unter den Bürgern der Bundesrepublik ein weit verbreitetes und tiefes Gefühl der menschlichen und nationalen Verbundenheit mit unseren Landsleuten in Mitteldeutschland gibt. ... Für mich ging es auch darum, angesichts der Unmenschlichkeit von Behörden der ‚DDR‘ glaubwürdig zu bleiben und nicht durch Höflichkeit Politik zu überdecken. Die Frage des Nachgebens in der Politik, insbesondere in der Ostpolitik, ist nicht davon abhängig, wie oft, sondern in welchen Fällen man nachgeben darf und soll.“

**Alfons Goppel:** *Ich würde wieder so entscheiden, in: Bild am Sonntag, 21. Dezember 1975*

„Die Christlich Soziale Union ist eine politische Aktionsgemeinschaft, die als eigenständige politische Kraft ihren politischen Auftrag in und für Bayern, in und für Deutschland, in und für Europa erfüllt. Aus ihrem bayerischen Selbstverständnis heraus fordert sie Freiheit und Selbstbestimmung für alle Deutschen. Herstellung der staatlichen Einheit bleibt das Ziel einer deutschen Nation.“



**Theo Waigel**, Vorsitzender der Kommission für Grundsatzfragen auf dem CSU-Parteitag, 12./13. März 1976

„... wir brauchen eine Politik der Treue zu Deutschland, und nicht der Wahrnehmung fremder Interessen! In wievielen Reden im Bundestag und sonstwo in der Öffentlichkeit habe ich davor gewarnt ..., daß die bewußt unklare, doppel- und gegensätzlichdeutige Formulierung der Verträge [Anm.: Ostverträge] eine Quelle beständiger Spannungen, neuer Unruhen und vermehrter Ärgernisse im Laufe der Jahre darstellen werde. ... ich polemisiere hier nicht gegen den Machtwillen der Sowjetunion, ich bekenne mich offen gegen den Kommunismus, bekenne mich gegen den sowjetischen Imperialismus. Aber ich habe bei aller Leidenschaft Augenmaß und Verantwortungsbewußtsein, wie es sich für einen Unionspolitiker geziemt. ... die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, ich meine damit das Urteil und die Begründung des Verfassungsgerichtes vom Juli 1973, diese Bundesregierung hat in Bonn einen anderen Eindruck über die Bedeutung der Verträge erweckt, als sie in Moskau, Warschau und Ostberlin verstanden worden sind. Und das schafft weder Freundschaft noch Vertrauen.“

**Franz Josef Strauß**: Ansprache beim Wahlkongress der CSU in der Olympiahalle, München am 4. September 1976



„Die Erfüllung dieser Forderung nach Freiheit und Einheit hätte heute Chancen wie schon lange nicht mehr. Im gesamten Ostblock gärt es. ... Auch den Anspruch auf eine geeinte deutsche Nation würde die Welt verstehen. Die Deutschen sind nach der Wiedervereinigung Vietnams neben den Koreanern das einzige große Kulturvolk, das in staatlicher Trennung leben muß.“

**Richard Stücklen:** *Mut zur Freiheit, in: Augsburger Allgemeine, 21. Januar 1977*

„Noch immer werden unseren Landsleuten in der DDR grundlegende und selbstverständliche Menschen- und Bürgerrechte vorenthalten. Daran mahnt uns dieser Tag gerade jetzt, wo in aller Welt eine mächtige Bewegung für die Menschenrechte heranwächst. Er mahnt uns daran, daß wir verantwortlich bleiben für unsere Landsleute, die gleich uns das Recht haben, ein Leben in Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu führen.“

**Alfons Goppel** *im Gedenken an den 17. Juni 1953, zitiert nach Augsburger Allgemeine Zeitung, 16. Juni 1977*



„Um dem Wohle unseres Staates, dem Ziel einer Wiedervereinigung Deutschlands und dem vorrangigen Ziel der Erhaltung des Friedens und der gleichzeitigen friedlichen Durchsetzung der Menschenrechte zu dienen, bedarf es für die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland mancher Korrektur.“

**Friedrich Zimmermann:** *Die Gefahr der Bonner Schaukelpolitik, in: Rheinischer Merkur, Nr. 35, 1. September 1978*



„Darüberhinaus hat die Bundesregierung mit ihrer Deutschland- und Ostpolitik Ost-Berlin alles gegeben, was es haben wollte: staatliche Anerkennung, internationale Aufwertung, Aufnahme in die Vereinten Nationen, alles Dinge, die nicht rückgängig gemacht werden können, während wir heute erleben, wie Schritt um Schritt die Schrauben wieder angedreht werden, und wie die Erleichterungen, die wenigen Erleichterungen, die wir gegen teures Geld erkaufte haben, nun rückgängig gemacht werden und zurückgedreht werden.“

**Hans Graf Huyn** *im ZDF am 23. Mai 1979*

„Im Verhältnis zur Sowjetunion ist demgegenüber die Bundesrepublik Deutschland nicht nur viel schwächer, sie liegt darüber hinaus zweitens geographisch unmittelbar ab der Frontlinie, am Eisernen Vorhang zwischen Ost und West und drittens ist Deutschland ein geteiltes Land, von dem ein Teil sich als Faustpfand unter sowjetischer Herrschaft befindet. Daher ist die Bundesrepublik Deutschland sehr viel verwundbarer gegenüber Moskau als die Vereinigten Staaten, nicht nur bei Ost-West-Verhandlungen selbst, sondern auch dann schon, wenn es nur um die unterschiedliche Auslegung zwischen Ost und West von unklaren vertraglichen Vereinbarungen geht.“

**Hans Graf Huyn:** *SALT und MBFR: Hebel offensiver sowjetischer Westpolitik, Wehrpolitischer Arbeitskreis der CSU, Sonderverteiler 6 / Juli 1979*

„... aus zwingenden verfassungsrechtlichen Gründen kann kein Teil Deutschlands für uns Ausland sein.“

**Friedrich Zimmermann:** *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Juli 1979*

„Daß wir an der Wiedervereinigung festhalten, ist bekannt. Daß wir der Präambel des Grundgesetzes folgen, ist bekannt. Daß wir aber auch Realisten sind und die Vereinigung in Deutschland, die Frage der Einheit der deutschen Nation als einen historischen Prozess betrachten, bei dem man einen langen Atem haben muß und viel Geduld, ist auch bekannt. Das heißt, niemand wird uns bei kurzfristigen, mutwilligen Aktionen ertappen, die den Anschein erwecken würden, als möchten wir nun etwas nachholen oder gar mit Gewalt nachholen – da sind wir weit davon entfernt –, was eben nur in einer Frage von Generationen zu lösen ist.“

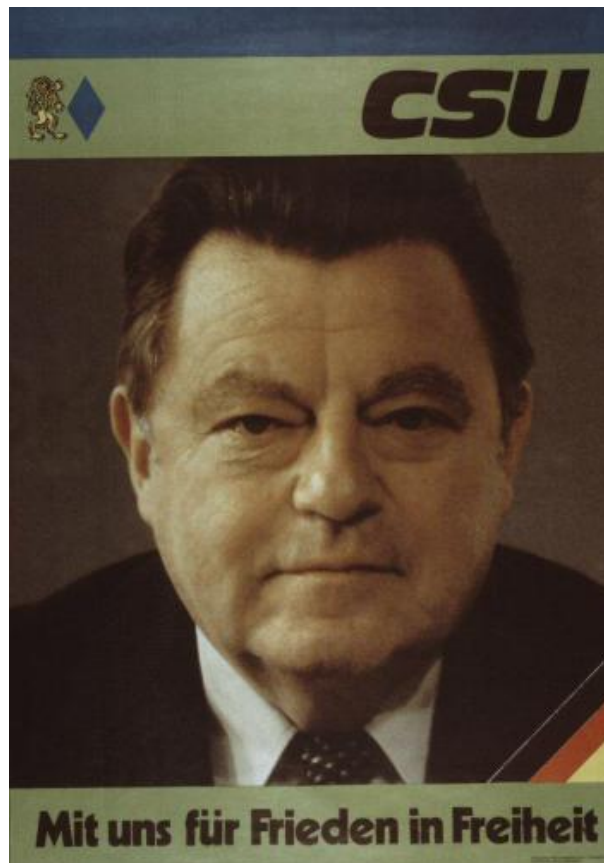
**Friedrich Zimmermann:** *Deutsche Welle, 3. Oktober 1979*

„Und wenn ich als Bayer immer sage: Bayern ist meine geliebte Heimat, so ist das eine glaubwürdige Ausdrucksweise, und das billige ich jedem anderen zu. Wenn ich sage: die Bundesrepublik ist unser demokratischer Rechtsstaat, dann sage ich das aus Überzeugung, auch wenn er unzulänglich sein mag da und dort, aber unser Vaterland ist ganz Deutschland. Und darüber gibt es keinen Zweifel.“

**Franz Josef Strauß:** *Die Unionspolitik der achtziger Jahre, Ansprache als Kanzlerkandidat der Union auf der gemeinsamen Sitzung der Landesvorsitzenden, Landesgeschäftsführer, Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer der CDU in Bonn am 7. November 1979, zitiert nach: Union in Deutschland, Nr. 39/79, Sonderteil S. 2*

„Wir sind stolz darauf, daß wir damals im Jahre 1973 nach Karlsruhe gegangen sind und ein Urteil erwirkt haben, einstimmig vom Gericht getroffen, ein Urteil, das die Grenzen der Verfassungsrechtlichkeit festgelegt hat. Daran gibt es keinen Zweifel, daß rechtlich gesehen das Deutsche Reich nach wie vor fortbesteht, daß diese Rechtssituation nur durch einen Friedensvertrag abgelöst oder geändert werden kann. Die Ostverträge sind Verträge des Miteinanders, des geregelten Miteinanderlebens und des geregelten Zusammenarbeitens. ... Es gibt auch keinen Zweifel für uns, daß es nur eine deutsche Staatsbürgerschaft und nicht zwei deutsche Staatsbürgerschaften gibt, und es gibt keinen Zweifel, daß die Grenze zwischen Baden-Württemberg eine ähnliche Rechtsqualität hat wie die Grenze zwischen Bayern und Sachsen. Oder umgekehrt ausgedrückt: Die Grenze zwischen Bayern und Sachsen hat ähnliche Rechtsqualität wie die Grenze zwischen Bayern und Baden-Württemberg. Das schließt eben ein, daß wir die Konsequenz nicht ziehen können, wollen und werden, nämlich jene, daß mit diesen Verträgen die Anerkennung Deutschlands in zwei Nationen automatisch verpflichtend verbunden ist. Als ich die Rechtsposition mehrmals in der Öffentlichkeit darlegte, hat die offizielle sowjetische Nachrichtenagentur mir vorgeworfen, daß der Satz ‚pacta sunt servanda‘ einerseits und das Nein zur Anerkennung der Teilung Deutschlands in zwei Nationen andererseits miteinander unvereinbar seien. ... So ist es mir entgegengehalten worden. ...“

**Franz Josef Strauß:** *Zur Lage, Stuttgart 1979, S. 207 f.*



„Der Wiedervereinigungsgedanke lebt, und er lebt notwendigerweise zusammen mit der Hoffnung auf Freiheit und Selbstbestimmung in Mitteleuropa. Die Wiedervereinigung bleibt für uns eine langfristige Perspektive, die den demokratischen und freiheitlichen Kräften Deutschlands, Europas und des Westens nicht aus der Hand gleiten darf. Die militärische Sicherheit und die Offenhaltung der deutschen Frage bis hin zu einer neuen Friedensordnung für ganz Europa sind unverzichtbare Elemente unserer Politik. Allen Versuchen, diese Elemente in Frage zu stellen, sagen wir den politischen Kampf an.“

**Friedrich Zimmermann:** *Bündnistreue und Wiedervereinigung*, in: *(Das Deutsche Monats-Magazin, Nr. 12/1979)*

„So notwendig es ist, die abgeschlossenen Verträge einzuhalten, so dringend geboten ist es auch, am Fortbestehen der deutschen Nation unbeirrt festzuhalten und sich deshalb entschieden zu wehren, wenn uns zugemutet wird, wir sollten die Teilung des deutschen Volkes in zwei Nationen, in eine kapitalistische und in eine sozialistische im Osten, anerkennen.“

**Franz Josef Strauß:** *Entscheidung für eine alternative Politik. Fragen zur Zeit*, in: *Politische Studien, Heft 251/1980, S. 231*

„Eine Politik, die dem deutschen Volk das verweigern wollte, was allen anderen Völkern als selbstverständlich zugestanden wird, nämlich die Liebe zum Vaterland, das Recht auf eine nationale Identität und auf ein richtig verstandenes Nationalgefühl, trüge den Keim zu neuem Unheil in sich. ... Die Lage der deutschen Nation trägt zweifachen Ausnahmecharakter – der eine Aspekt ist jener der Teilung schlechthin, der andere jener der Art der Teilung in ein freies und unfreies Deutschland. So stellt sich die Frage nach der deutschen Einheit immer auch als die Frage nach der Freiheit der Deutschen. ... Ist es denn wirklich die Wiedervereinigung, die uns in erster Linie drängt, quält, bedrückt und treibt? Es ist doch weniger die Wiedervereinigung der staatlichen Einheit Deutschlands; es ist doch mehr das Herzensanliegen der Wiederherstellung demokratischer und menschenwürdiger Zustände in diesem Gebiet. ... Ich sehe Aufgabe und Ziel deutscher Politik in ihrer nationalen Verantwortung darin, für das ganze deutsche Volk Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit zu erringen und dazu beizutragen, einen gerechten Frieden in Europa und der Welt zu sichern, der allen Menschen die vollen Menschen- und Gemeinschaftsrechte, die Chancen der Freiheit und der wirtschaftlichen Entwicklung gibt. Das Selbstbestimmungsrecht, das wir als Vertreter einer freiheitlichen Politik für alle Menschen und für alle Völker fordern, fordern wir, weil Freiheit unteilbar ist, auch für das deutsche Volk. Der deutsche Anspruch auf Selbstbestimmungsrecht und Freiheit steht nicht für sich allein da, es steht für alle Europäer, denen dieses Recht verweigert wird.“

**Franz Josef Strauß:** *Gebote der Freiheit, München 1980, S. 71 ff.*

„Herrn Stobbes [Anm.: Regierender Bürgermeister von Berlin, SPD] New Yorker Erklärung kann nicht hingenommen werden, weil er einen unzulässigen Gegensatz konstruiert zwischen dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung und dem Ziel der Friedensbewahrung. Jedermann, auch in Amerika, weiß, daß wir Deutsche die Wiedervereinigung nicht durch Krieg erreichen wollen. Es ist aber politisch falsch zu behaupten, Berlin und Deutschland als Ganzes müßten geteilt bleiben, damit das Gleichgewicht zwischen Ost und West und damit der Friede gewahrt bleiben. Richtig ist, solche politischen Umstände anzustreben, in denen die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit verwirklicht werden kann, und als Deutsche müssen wir sogar den Standpunkt vertreten, daß kein endgültiger Friede möglich ist, wenn uns diese Wiedervereinigungsmöglichkeit endgültig versagt werden sollte.“

**Hans Graf Huyn:** *CSU Pressemitteilungen, Nr. 280/1980, 2. Juni 1980*

„Bei der Ostpolitik geht es nicht um unsere Grenzen von gestern, sondern um unsere Freiheit von morgen.“

**Hans Graf Huyn:** *Der Kreml läßt nichts unversucht, in: Bayernkurier, 21. März 1981*

„In der deutschen Frage hat für die CDU / CSU und für die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes die Freiheit absoluten Vorrang vor der Einheit. Sowjetische Versuche, die Bundesrepublik aus dem westlichen Lager herauszubringen, können keinen Erfolg haben, solange das deutsche Volk weiß, dass die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien zu ihren in Artikel 7 des im Mai 1955 in Kraft getretenen Deutschlandvertrages stehen. ...“

**Franz Josef Strauß:** *Strategic Review, Summer 1982*



„Wir werden uns auch darin nicht irremachen lassen, Unrecht als Unrecht, Unmenschlichkeit als Unmenschlichkeit und Mord als Mord zu bezeichnen. Auch in unserer Forderung nach der Gewährung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschen jenseits von Mauer und Stacheldraht gibt es für uns kein Nachlassen. ... Wir nehmen den Auftrag des Grundgesetzes zur Herbeiführung der deutschen Einheit in Freiheit ernst. Deshalb wendet sich die CSU gegen politische Sprachregelungen, die dem Bewußtsein von der nationalen Einheit zuwiderlaufen. ...“

**Otto Wiesheu:** *Wende für Deutschland, in: Bayernkurier, Nr. 17, 30. April 1983*



„Die CSU hat von der ersten Stunde ihrer Gründung an ihre ausgeprägt gesamtdeutsche, ihre nationale Verantwortung erkannt und wahrgenommen. Die CSU kann für sich in Anspruch nehmen, auch dann einen klaren und verantwortungsbewußten deutschen Kurs gehalten zu haben, als in der Blütezeit einer überzogenen Entspannungseuphorie Anfang der siebziger Jahre und im Zuge liberal-sozialistischer Ost- und Deutschlandpolitik die Positionen einer auf Freiheit und Einheit gerichteten Deutschlandpolitik systematisch geräumt werden sollten. Wir haben uns auch in der Deutschlandpolitik nicht dem Wehen eines angeblichen Zeitgeistes gebeugt, wir sind nicht auf den Kurs einseitiger Vorleistungen eingeschwenkt, haben uns nicht der leichtfertigen und gefährlichen Praxis der Preisgabe eindeutiger Rechtspositionen angeschlossen.

Im Gegenteil: Mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag haben Bayern und die CSU in besonderer Weise, wenn auch mutterseelenallein, nationales Verantwortungsbewußtsein bewiesen. ... Die SPD ist dabei, von der deutschen Einheit Abschied zu nehmen und den gewaltsam abgetrennten unfreien Teil des Vaterlandes wie irgendeinen beliebigen fremden Staat zu behandeln. Die CSU wird für eine solche Politik niemals zu haben sein. ... Der Auftrag des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zur Wiederherstellung der Einheit des Vaterlandes in Freiheit ist für uns mehr als eine Floskel für festliche Sonntagsreden. Dieser Verfassungsauftrag ist für uns auch mehr als nur die Aufforderung zu einem theoretischen Offenhalten der deutschen Frage. Er stellt nach unserem Verständnis von nationaler Pflicht und Verantwortung das Gebot dar, für das deutsche Recht auf Einheit in Freiheit aktiv einzutreten und mit unserer Politik dafür zu sorgen, dass alle Verfassungsorgane im freien Deutschland beharrlich und unermüdetlich auf die Wiedervereinigung des Vaterlandes hinwirken.“

**Franz Josef Strauß:** *Die nationale Verantwortung, in: Bayernkurier, Nr. 24, 18. Juni 1983, S. 1*

„Ein Grundsatz der CSU in der Deutschlandpolitik war und bleibt, jede Chance zu nutzen, um Belebung in das innerdeutsche Verhältnis zu bringen und menschliche Beziehungen auf Dauer zu erleichtern.“

**Theo Waigel:** *Für Kohl und Strauß. Landesgruppe und Kreditgeschäft, in: Bayernkurier, Nr. 28, 16. Juli 1983, S. 2*

„In nahtloser Übereinstimmung bewegt sich die Deutschlandpolitik von CDU und CSU auf dieser Linie Adenauers.“

**Franz Josef Strauß:** *Die Stimme der CSU, in: Abendzeitung, 4. August 1983, S. 7*

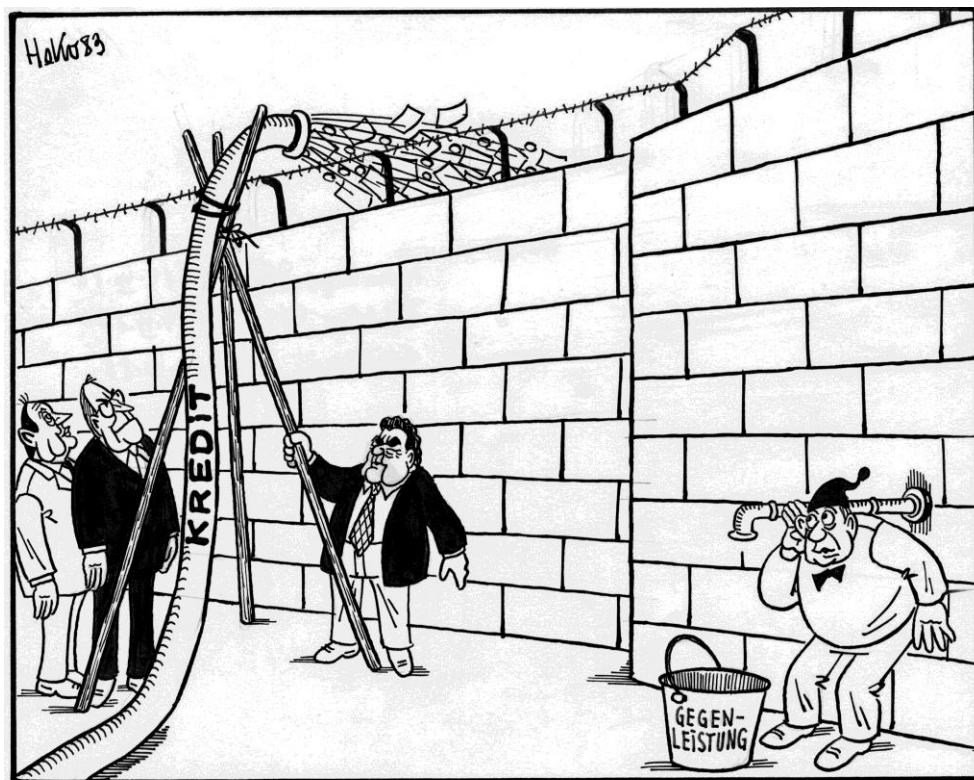


„CDU und CSU haben immer abgelehnt und müssen auch in Zukunft ablehnen, das, was Egon Bahr als eine Politik des Wandels durch Annäherung bezeichnet. Er hat keinen Wandel erreicht, sondern den Schlafwandel angetreten. Das heißt auch, daß die Konvergenz-Theorie: ein bißchen mehr Sozialismus im Westen, ein bißchen mehr Demokratie im Osten, und dann werden die zwei Räder ein und derselben Maschine ineinander passen – für CDU und CSU unannehmbar sind. ... Nicht verhandlungsfähig zum Beispiel waren und sind die völkerrechtliche Anerkennung der Teilung Deutschlands und die Aufteilung in zwei Nationen. ... Ich übertreibe nicht im geringsten, wenn ich sage, daß dieses Urteil [Anm.: gemeint ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag] ohne mich nicht zustande gekommen wäre. ... Kein einziges CDU-regiertes Land, das ebenfalls antragsberechtigt gewesen wäre, hat den Freistaat Bayern dabei unterstützt. Die Bayerische Staatsregierung ist allein diesen Weg gegangen, nicht ohne große Bedenken.“

**Franz Josef Strauß:** *Keine Einheit um den Preis der Freiheit, in: Bayernkurier, Nr. 35, 3. September 1983, S. 3 f.*

„Wir werden uns mit der gegebenen Lage nicht abfinden und so lange kämpfen, bis Recht und Freiheit und nationale Selbstbestimmung gesichertes Gut für alle Europäer sind. Und wenn es in unserer gehenden Generation nicht erreicht werden kann, dann ist eben die nächste oder die übernächste dran, nur aufgeben dürfen wir nie! Wir haben ein Recht auf nationale Selbstbestimmung, wir haben ein Recht auf Freiheit und Würde für alle Menschen in Deutschland. Bayern ist unser geliebter Freistaat, die Bundesrepublik ist unser demokratischer Rechtsstaat, aber ganz Deutschland ist unser Vaterland und wird es bleiben, und Europa ist unsere Zukunft.“

**Franz Josef Strauß:** *Rede am Politischen Aschermittwoch 1984 in Passau, abgedruckt in: Bayernkurier, Nr. 11, 17. März 1984, S. 29 ff. (S. 30 f.)*



„Ich hör' aber hier noch nichts glückern!“

4/VII.

„Ich nenne als weiteres Ziel – und das ist die große Unterscheidung zwischen CDU / CSU und der SPD – die Wiedervereinigung Deutschlands. Wir haben sie nie aus dem Blick, nie aus dem Sinn und nie aus der Zielorientierung verloren.“

**Franz Josef Strauß:** *Wofür wir kämpfen*, in: *Bayernkurier*, Nr. 20, 19. Mai 1984, S. 2

„Alle Empfehlungen, welche die deutsche Frage als nicht mehr ‚offen‘ abtun wollen [Anm.: Apel] oder mit dem Ausdruck ‚Formelkram‘ [Anm.: Brandt] die Aufgabe dieser Rechtspositionen verlangen, werden nicht nur der geschichtlichen Dimension der deutschen Frage nicht gerecht, sondern übergehen auch zynisch die Forderung nach Gewährung des Selbstbestimmungsrechts auch für die Deutschen. Sie gefährden zudem auch die Freiheit und Sicherheit der Deutschen in Berlin (West). ...“



**Eduard Lintner:** *In Frieden und Freiheit*. (Rede des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen der CDU / CSU-Bundestagsfraktion auf dem CSU-Parteitag 1984), in: *Bayernkurier*, Nr. 43, 27. Oktober 1984, S. 29

„Es kann keine Einheit der Nation auf Kosten ihrer Freiheit geben. Für uns kann und darf es keinen deutschen neutralistischen Sonderweg zwischen Freiheit und Kollektivismus, zwischen Atlantischer Allianz und Warschauer Pakt, geben.“

**Franz Josef Strauß:** *Regierungserklärung vom 14. November 1984*

„Ich habe seit Jahren immer wieder betont, daß es uns nicht in erster Linie um die Wiederherstellung des alten deutschen Nationalstaates unter allen Umständen gehen darf. Die Absage an den Nationalismus, den ich immer für den Totengräber Europas gehalten habe, bedeutet jedoch nicht die Absage an das, was Patriotismus heißt – auch wenn in einer Zeit zerstörter und veränderter Werte und Begriffe dieses Wort manchem altmodisch vorkommen mag. Deshalb bin ich auch der Auffassung: Eine Politik, die dem deutschen Volk das verweigern wollte, was allen anderen Völkern als selbstverständlich zugestanden wird, nämlich die Liebe zum Vaterland, das Recht auf eine nationale Identität und auf ein richtig verstandenes Nationalgefühl, trägt den Keim zu neuem Unheil in sich. ... Die Einheit der Nation darf nicht auf Kosten der Freiheit der ganzen Nation erreicht werden. Die Freiheit hat immer Vorrang vor der Einheit.“

**Franz Josef Strauß:** *Ein Volk wie andere auch (Rede in der Münchener Reihe ‚Reden über das eigene Land‘), abgedruckt in: Bayernkurier, Nr. 48, 1. Dezember 1984, S. 13 ff. (S. 15 f.)*

„Die Stunde der deutschen Einheit schlägt dann, wenn alle europäischen Völker im Besitz des Selbstbestimmungsrechts sind.“

**Franz Josef Strauß:** *Deutschland Magazin, Mai 1985*

„Unsere Deutschlandpolitik orientiert sich am Auftrag des Grundgesetzes und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes. Wir werden darüber hinaus nicht nachlassen, für die Menschen im anderen Teil Deutschlands Erleichterungen zu erwirken.“

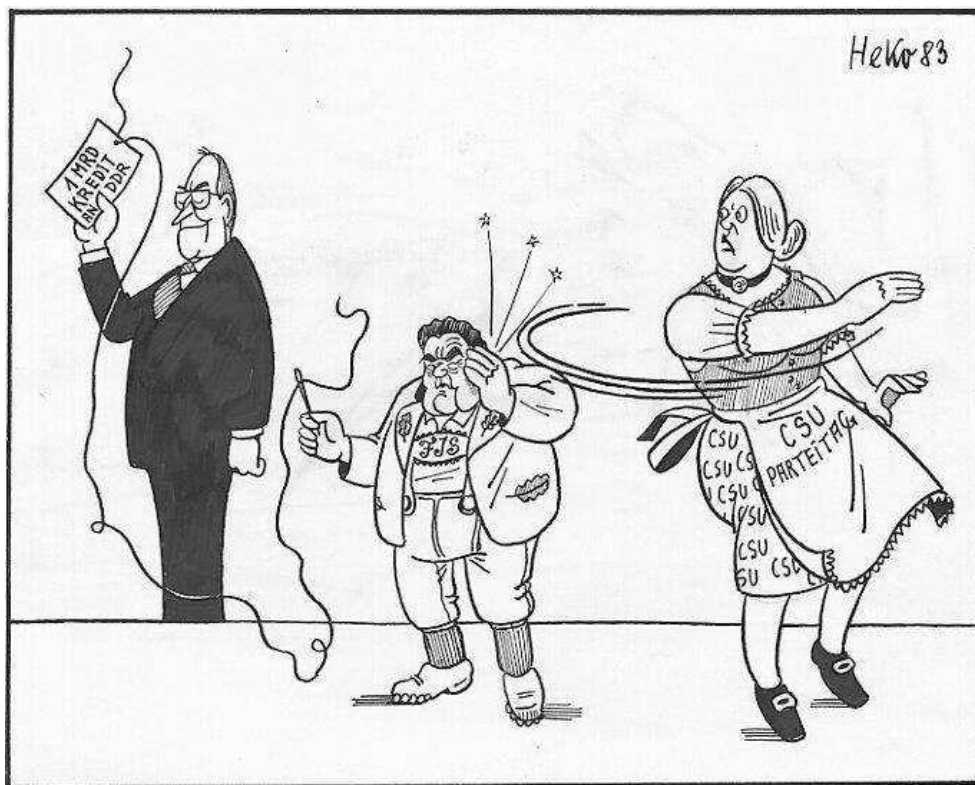
*Der Vorsitzende der Landesgruppe, Theo Waigel: CSU in Bonn als Garant bayerischer Belange, in: Passauer Neue Presse, 5. Februar 1986*

„Wiedervereinigung ist das Ende eines historischen Prozesses, der heute überhaupt nicht absehbar ist.“

**Franz Josef Strauß** *in der Sendung „Journalisten fragen – Politiker antworten“ am 10. Juli 1986, in: Rundfunk Auswertung des Bundespresseamtes vom 11. Juli 1986, S. 8*

„Ein bis zwei Jahre nach der Entscheidung über den Milliardenkredit gab es in der CSU keinen mehr, der mir nicht anerkennend auf die Schulter klopfte. Und 1987, als Erich Honecker in die Bundesrepublik Deutschland kam, hieß es dann: Meine Güte, wären wir abseits in der Ecke stehengeblieben, dann hätte der Bundeskanzler Herrn Honecker herzlich begrüßt, und wir in Bayern wären die von gestern gewesen, die die Zeichen der Zeit nicht erkannten. Daß ich 1983 die Union insgesamt und die CSU im besonderen aus einem toten Winkel herausgeholt und Handlungsspielraum hergestellt habe, wurde von vielen allerdings nach wie vor nicht gesehen – und manch einer wollte es auch nicht sehen.“

**Franz Josef Strauß:** *Der Milliardenkredit. Aus den „Erinnerungen“, in: Bayernkurier, Nr. 31, 3. August 1991, S. 3 f.*



„Dü Läusdeandl! – wie gehst denn dü mit deim Vadda um?!“

6/VII.

„Kein Volk und keine Nation kann ohne Identität auf Dauer bestehen. ... Mir würde es angst und bange, wenn diese nationale Identität, auch die Liebe zum eigenen Volk, zur eigenen Nation, das Bekenntnis zur Geschichte in guten und in schlechten Zeiten, nicht mehr von den demokratischen Parteien, sondern von der äußersten Linken oder Rechten vertreten würde. Das könnte unsere Demokratie in eine gefährliche Zangenbewegung bringen.“

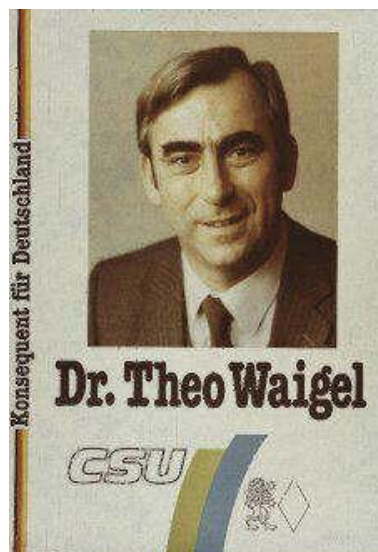
**Theo Waigel**, zitiert nach „Kein Volk und keine Nation kann ohne Identität auf Dauer bestehen“, in: *Die Welt*, 15. Januar 1987

„Bayern als unsere geliebte Heimat, die Bundesrepublik Deutschland als unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat, ganz Deutschland als unser Vaterland – in diesem Dreiklang sehen wir unsere nationale Verantwortung. ... Europa braucht das verantwortungsvolle und verständliche Nationalbewußtsein der Deutschen. Wir brauchen wieder mehr aufrechten Gang in der Geschichte der Gegenwart und in der Geschichte der Zukunft. Wir brauchen – so wie ihn andere Völker selbstverständlich auch haben – über alle Parteigrenzen hinweg den Konsensus über die deutsche Geschichte und den Konsensus über die deutsche Zukunft. Wir brauchen wieder eine selbstbewußte nationale Identität, keine nationale Überheblichkeit, kein nationales Herrenmenschengefühl oder Ähnliches, aber eine selbstbewußte, normale nationale Identität.“

**Franz Josef Strauß:** *Auftrag für die Zukunft, Percha am Starnberger See 1987, S. 481 ff*

„In der Deutschlandpolitik sind ohne Preisgabe essentieller Prinzipien oder Rechtsstandpunkte beachtliche Fortschritte für die von den Folgen der Teilung Deutschlands betroffenen Menschen erreicht worden.“

**Theo Waigel:** *Ansprache des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe zum Jahreswechsel, in: CSU Presse-Mitteilungen, Nr. 418, 29. Dezember 1987*



„Wenn die Entwicklung so weitergeht, wenn die Sowjetunion die Breschnew-Doktrin überwindet, dann halte ich Olympische Spiele in Berlin nach dem Jahr 2000 für vorstellbar. Und das wäre ein Ausdruck der Überwindung der Spaltung, der einen großen Symbolwert hätte. Die Tatsache, daß wir heute über solche Gedanken überhaupt reden, zeigt schon allerhand. Ich bin also nicht skeptisch.“

**Friedrich Zimmermann:** *Den Jüngeren bewußt machen, was in 40 Jahren geleistet wurde, in: Die Welt, 4. Januar 1988*

„Die Sowjetunion ist zur Zeit nicht bereit, überhaupt über das Thema Wiedervereinigung zu verhandeln. Wie lange das dauert weiß natürlich niemand.“

**Franz Josef Strauß:** *Bild am Sonntag, 5. Juni 1988*

„Ich möchte in dem Zusammenhang einen ganz kurzen Ausschnitt aus dem Gespräch mit Generalsekretär Gorbatschow vom 29. Dezember in das Gedächtnis zurückrufen. Ich habe meinem Gesprächspartner erklärt, es sei schon ein, wenn auch kleiner Fortschritt, daß man den Versuch aufgegeben habe, die Deutschen in zwei Nationen aufteilen zu wollen: eine kapitalistische Nation im Westen und eine sozialistische Nation im Osten. Eine Nation könne man nicht nach dem Begriff sozialistisch oder kapitalistisch definieren. Eine Nation sei eine Nation. Ich habe keinen Widerspruch gefunden. Und Gorbatschow hat mir das auch bestätigt, aber hinzugefügt: eine Nation in zwei Staaten. Ich habe dazu erklärt: „Das ist Ihre Auslegung des Siegerrechts. Natürlich hat das Ende des Krieges, der Anspruch der Sowjetunion als Siegermacht zu dieser Teilung geführt. Aber wir können diesen Anspruch einer Siegermacht auf Teilung des Landes und der Nation des Besiegten nicht anerkennen!“

**Franz Josef Strauß:** *Von deutscher Verantwortung. Rede zur Eröffnung des 39. Tages der Heimat in Berlin am 11. September 1988*

„Ein Staat wie die Bundesrepublik Deutschland muß den Deutschen eine Heimat geben, die in ihrer bisherigen Heimat durch Umstände, für die sie nicht verantwortlich sind, heimatlos geworden sind.“

*Der designierte CSU-Parteivorsitzende **Theo Waigel:** Ich muß durch Überzeugung führen können, in: Süddeutsche Zeitung, 21. Oktober 1988*

„Der Bundeskanzler hat deshalb in aller Deutlichkeit die Grundsätze erläutert, die für diese Bundesregierung in der Deutschland-, Ost- und Sicherheitspolitik unumstößlich sind. Er [Anm.: Helmut Kohl] hat in der gebotenen Form das Problem der Teilung Deutschlands angesprochen und Mauer und Stacheldraht als widernatürlich gebrandmarkt. ... Zugleich hat er Gorbatschow den selbstverständlichen Willen und den natürlichen Rechtsanspruch der Deutschen dargelegt, die Teilung ihres Vaterlandes friedlich zu überwinden und in diesem Zusammenhang auf den Brief zur deutschen Einheit hingewiesen.“

**Theo Waigel,** *zitiert nach CSU-Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 285, 27. Oktober 1988*





„Gerade wir Deutschen leiden unter der Teilung Europas, weil die Teilung Europas auch die Teilung Deutschlands ist und diese Grenze eben mitten durch Deutschland geht. Für die CDU / CSU-Fraktion sind die Überwindung der deutschen Teilung und die Vereinigung Europas zwei gleichrangige Ziele.“

**Wolfgang Bötsch** in der Europa-Debatte des Deutschen Bundestages am 19. Januar 1989, zitiert nach: *Union in Deutschland*, Nr. 6, 23. Februar 1989, CDU-Dokumentation, S. 6

„Wir wollen ein einiges, freies und föderatives Europa, in dem Deutschland als eine Nation seine Identität wahren kann. Wir vertrauen auf die Kraft der Freiheit im historischen Prozeß und sehen als großen Erfolg, daß die Sowjetunion ... in der ... ‚gemeinsamen Erklärung‘ das Recht der Völker auf Selbstbestimmung anerkannt hat.“

**Wolfgang Bötsch**, zitiert nach: *CSU-Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe*, Nr. 152, 15. Juni 1989

„Wir sind  
die zuverlässige  
politische Kraft  
für Deutschland  
in Europa.“

Dr. Theo Waigel  
Vorsitzender der CSU

**CSU**

18. Juni Wahltag

„Der legitime Anspruch auf Wiedervereinigung begründet sich im Selbstbestimmungsrecht, dessen Durchsetzung nicht von der Zustimmung irgendeines Nachbarn abhängt und abhängen kann. Dies würde sowohl dem Völkerrecht als auch unserer Verfassung widersprechen. .... Die Überwindung der Teil-

lung Deutschlands und die Einigung Europas stehen nicht im Widerspruch zueinander. ... Die fortschreitende Integration Europas entbindet uns nicht von der verfassungsrechtlichen Pflicht, die Deutsche Frage offen zu halten. Es dürfen keine Fakten geschaffen und keine rechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, die das Erreichen des Zieles der deutschen und europäischen Einheit im Sinne des Grundgesetzes gefährden oder gar vereiteln. .... Und wir halten an unserer Überzeugung, an unserem Glauben, an der Liebe zu unserer Heimat, aber auch an der Überzeugung, daß ein ganzes wiedervereinigtes Deutschland seine Chance haben wird, fest, wir bleiben unserer Überzeugung treu.“

***Theo Waigel**, Rede des CSU-Parteivorsitzenden am 2. Juli 1989 beim Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover*

In seiner grundlegenden Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes hat **Franz Josef Strauß** (dazu) ausgeführt: „Selbstverständlich ist die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zunächst einmal das Anliegen der Deutschen selbst, aber es ist weit mehr als dies. Die offene deutsche Frage ist auch mehr als nur ein Problem der Völkerrechtslehrer und der Staatsrechtsexperten. Sie ist eine moralische und eine geschichtliche Herausforderung, die sich an den ganzen Westen richtet. Sie ist nicht zuletzt eine Frage europäischer Solidarität. Hier handelt es sich nicht um die sattsam bekannten Ausdrücke früherer Jahrhunderte, hier steht die Glaubwürdigkeit westlicher Politik schlechthin auf dem Spiel, denn es geht um nichts weniger als um die Freiheit und Selbstbestimmung für alle Europäer, die mit friedlichen Mitteln zu verfolgen sind. Normal können die Verhältnisse in Deutschland und in ganz Europa erst dann wieder sein, wenn alle europäischen Völker im Besitz des Selbstbestimmungsrechtes sind und alle Staaten ihren Bürgern die klassischen Rechte und Freiheiten gewähren, die mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unauflöslich verbunden sind.“

***Theo Waigel** zitiert Franz Josef Strauß in seiner Rede beim Deutschlandtreffen der Schlesier am 2. Juli 1989*

„Wer kritisiert, was ich gesagt habe, und das als Revanchismus definiert, bezeichnet das Bundesverfassungsgericht als Ort des Revanchismus.“

***Theo Waigel**, zitiert nach: Waigel beharrt auf seine Äußerung zu den Ostgrenzen. Widerspruch von SPD und FDP, in Süddeutsche Zeitung, 10. Juli 1989*

„Ich würde meine Rede wortwörtlich wieder so halten.“

***Theo Waigel**, zitiert nach: „Grenzdiskussion überflüssig“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Juli 1989*

„Die heutige Erklärung des Bundeskanzlers zur Deutschlandpolitik wird von mir und der CSU-Landesgruppe uneingeschränkt begrüßt. Das gilt insbesondere für die Feststellung des Kanzlers, daß die staats- und völkerrechtlichen Grundlagen der Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung nicht zur Disposition stehen und damit die deutsche Frage rechtlich und politisch offen bleibt.“

**Wolfgang Bötsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 192/1989, 11. Juli 1989*

„Weder der CSU-Vorsitzende noch irgendein anderer CSU-Politiker hat die Gültigkeit der Ostverträge und die Verbindlichkeit der darin enthaltenen Vereinbarungen für die Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt. ... Herr Vogel [Anm.: SPD-Vorsitzender] muss aber nochmals daran erinnert werden, daß die Ostverträge eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland als Ganzes nicht vorwegnehmen und diese verfassungs- und völkerrechtliche Position für alle politisch Verantwortlichen, auch für die SPD, verpflichtendes Verfassungsgebot ist, das es zu beachten gilt.“

**Wolfgang Bötsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 197, 13. Juli 1989*



Beide deutschen Staaten sollten jeder „in seinem Block bleiben.“

**Max Streibl**, zitiert nach: *Deutsche Frage: Streibl verpaßt Waigel eine saubere Watschn, in: Abendzeitung, 28. September 1989*



Die Wiedervereinigung ist „keineswegs aufs Eis gelegt.“

**Erwin Huber**, zitiert nach: *CSU-General rüffelt Streibl – und Waigel schweigt, in: Abendzeitung, 29. September 1989*

„... Das bedeutet, daß wir bestrebt sein müssen, drüben in erster Linie mehr Liberalität, mehr Freiheitsrechte, mehr Menschenrechte zu erringen. Wenn das gelingt, im gemeinsamen Haus Europa, dann wird am Ende eines solchen Prozesses auch die Wiedervereinigung stehen.“

**Max Streibl:** „Ich vertrete die Linie von Franz Josef Strauß“, in: Donaukurier, 29. September 1989

„Wen mag es noch wundern, daß führende SPD-Politiker wie Willy Brandt und Egon Bahr das in der Präambel des Grundgesetzes verankerte Wiedervereinigungsgebot mittlerweile ganz unverhohlen zur Disposition stellen. So erklärte Willy Brandt im September letzten Jahres: Wiedervereinigung sei die ‚Lebenslüge der zweiten deutschen Republik‘. Und Egon Bahr diffamierte in einem Vortrag am 27. November 1988 in München das Ziel der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands als Lüge, Heuchelei und als ‚politische Umweltverschmutzung‘. ... Während die SPD durch die Freiheits- und Demokratieforderungen in der DDR in eine mißliche Lage geraten ist, kann sich die CSU mit ihrem geradlinigen deutschlandpolitischen Kurs durch die Entwicklung der letzten Tage und Wochen voll bestätigt sehen. Im Interesse der Menschen und humanitärer Lösungen hat sie Kontakte mit der DDR-Regierung gehalten. Seit 1983 wurden, unter maßgeblicher Mitwirkung von Franz Josef Strauß, eine Reihe menschlicher Erleichterungen erzielt. ... Doch wir haben darüber unsere deutschlandpolitischen Grundsätze nicht verraten. Wir treten unbeirrt und ohne Wenn und Aber für das Ziel der Wiedervereinigung ein. Für uns gilt nach wie vor der Auftrag unserer Verfassung, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden. Die Zeichen für die Wiedervereinigung stehen besser denn je.“



**Alois Glück:** *Sozialismus am Ende*, in: Bayernkurier, Nr. 42, 21. Oktober 1989

„Die Nachkriegszeit geht zu Ende. ... Der kommende Gipfel zwischen Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow bietet die Möglichkeit, die Teilung Europas zu überwinden. ... Die Völker Europas können auf eine Zukunft in Frieden und Freiheit hoffen.“

Dann kommt auch für alle Deutschen der Zeitpunkt, in dem sie in freier Selbstbestimmung die nationale Einheit wiedergewinnen können. Dann gilt das, was wir schon lange ersehnen: Einigkeit und Recht und Freiheit für das ganze Vaterland.“

**Max Streibl:** *Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten zur Deutschlandpolitik im Bayerischen Landtag am 14. November 1989*, in: Bayernkurier, Nr. 46, 18. November 1989, S. 3



Foto: Bundesbildstelle

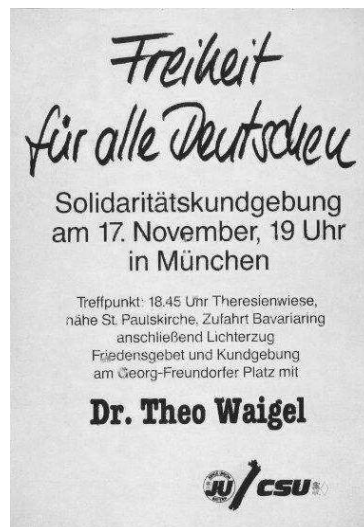
„Beschämend ist es, daß sich bei uns im Lande Politiker finden, denen der Reformprozeß [Anm.: in der DDR] sichtbar zuwider läuft. Erst am Mittwoch hat die Berliner SPD-Senatorin Pfarr vor freien Wahlen in der DDR gewarnt, denn diese könnten das SED-Regime destabilisieren. Und Willy Brandt hat vor einigen Jahren den Wunsch nach Wiedervereinigung als die ‚Lebenshilfe der Nation‘ bezeichnet. Heute tut er so, als sei er immer an der Spitze der Bewegung gestanden. Aber all die sozialistischen Bedenkenträger bei uns werden nun beschämt von dem beeindruckenden Mut, mit dem die Demonstranten in der DDR, der vor wenigen Wochen noch völlig intakten Diktatur der SED, Reformen abgetrotzt haben.“

**Eduard Lintner:** *Rede des Deutschlandpolitischen Sprechers der CDU / CSU-Bundestagsfraktion auf dem 53. CSU-Parteitag, 17./18. November 1989*

„Wir in der CSU wußten immer, daß der Versuch der kommunistischen Zwingherrn in Ost-Berlin, die Deutschen in eine sozialistische und in eine kapitalistische Nation einzuteilen, zum Scheitern verurteilt sein und vor der Geschichte keinen Bestand haben würde. ...“

Die CSU hat sich von Beginn ihres politischen Wirkens an und trotz ihrer geographischen Beschränkung auf Bayern in ihrem nationalen Wirken stets ihrer deutschen Verantwortung gestellt. Als andere kurzatmig kapitulieren wollten, waren Bayern und die CSU die Mahner, Warner und Wächter. ... Dankbar ist zu registrieren, daß die CSU bei diesem Kurs, auch wenn sie politisch nicht selten allein stand, aus dem Kreis der Intellektuellen, der Schriftsteller und Dichter, jenseits aller und über alle Parteigrenzen hinweg, Unterstützung erfuhr. Wie sie haben wir in der CSU von Deutschland gesprochen, als anderswo schon dieses Wort verpönt war.“

**Theo Waigel:** *Verantwortung für Deutschland, in: Bayernkurier, Nr. 46, 18. November 1989, S. 1*



„In unserer Deutschland- und Ostpolitik müssen wir einen weiteren unabdingbaren Zusammenhang beachten. Es ist der Zusammenhang zwischen freiheitlich politischen und ökonomischen Systemen. Sozialismus verträgt sich nicht mit sozialer Marktwirtschaft.“

**Wolfgang Bötsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 382, 28. November 1989*

„Ein wiedervereinigtes Deutschland wird zu einem Faktor der Stabilität in Europa werden und keinen seiner Nachbarn bedrohen.“

**Wolfgang Bötsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 396, 4. Dezember 1989*

„Darüberhinaus möchte Lafontaine unseren Landsleuten in der DDR in ihrer weiteren Entwicklung Hürden in den Weg legen. Diese haben sich in der jüngsten Vergangenheit in beispielhafter und beispielloser Weise Freiheiten erkämpft, die ihnen über vierzig Jahre von ihren Machthabern verwehrt worden waren. Wenn sie sich nun, um in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen, nach Lafontaines Vorstellungen erst an verschiedene Institutionen zu wenden haben, sind die erlangten Freiheiten von zweifelhaftem Wert. Bürokratische Hemmnisse und Bevormündungsmöglichkeiten à la Lafontaine wird es mit uns nicht geben.“



**Rudolf Kraus**, *Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe*, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 395, 4. Dezember 1989*

„Die Vorstellungen des SPD-Juristen [Anm.: Horst Isola, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen] sind mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und dementsprechend verfassungswidrig. ... Ihre deutschlandpolitischen Vorstellungen werden immer diffuser. Die Zerrissenheit und Uneinigkeit in den Reihen der SPD treten immer offener zu Tage.“

**Rudolf Kraus**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 427, 14. Dezember 1989*

„Wir haben uns in unserer Partei vom Beginn unseres bundespolitischen Wirkens an – und auf bayerische Aktivitäten bezogen schon in den Jahren davor, beispielsweise durch die von Hans Ehard initiierte gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz – als gesamtdeutsche Partei verstanden, und wir haben nach diesem Selbstverständnis gehandelt. Für die Jahre unserer entscheidenden Regierungsmitwirkung in Bonn in den zwei Jahrzehnten von 1949 bis 1969 gilt dies ebenso wie für die dreizehn Jahre der Opposition. Als sich SPD-geführte Bundesregierungen mit zwielfichtigen Vertragsformulierungen von der Einheit Deutschlands verabschieden wollten und bei der CDU Verzagttheit herrschte, setzte die CSU durch die von Franz Josef Strauß zustande gebrachte Klage des Freistaates Bayern zum Grundlagenvvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht ein deutschlandpolitisches Markierungszeichen besonderer Art, das nicht nur das Grundgesetz bestätigte, sondern alle Verfassungsorgane im freien Teil des Vaterlandes darauf verpflichtete, am Ziel der deutschen Einheit und Freiheit festzuhalten und dafür zu arbeiten. Wir haben mit kräftiger Hand unsere Akzente gesetzt – Franz Josef Strauß hat dies mit hohem persönlich-politischem Risiko getan. ... Selbstverständlich stellen wir uns nun die Aufgabe, die sich für die Bundesrepublik Deutschland, für unsere Politik und für die Menschen hierzulande aus der freiheitlich-demokratischen Revolution in der DDR ergibt.“

**Theo Waigel**: *Unsere Aufgabe heißt Deutschland, in: Bayernkurier, Nr. 49, 9. Dezember 1989, S. 1*

„Sie [Anm.: Die Wiedervereinigung] kann schneller kommen als wir alle glauben. Die dramatische Entwicklung in der DDR und im Ostblock ist nicht das Ergebnis von Staatskunst. Der Wille des Volkes, die Demonstrationen von Hunderttausenden und Millionen haben mehr bewegt als alle Konferenzen der letzten 40 Jahre. ... Ein geeintes Deutschland, eingebettet in eine europäische Friedensordnung, ist für niemanden eine Gefahr, sondern für alle ein Gewinn.“

**Theo Waigel**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 432, 15. Dezember 1989*



„... die deutschlandpolitische Wende gelang der SPD nicht. Ihr wird der Makel einer Politik der Anbiederung sowie das Abgehen von dem Streben nach Wiedervereinigung weiter anhaften.“

**Wolfgang Böttsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 438, 20. Dezember 1989*

„Der Ruf nach einem einigen Vaterland wird immer vernehmlicher. Verdeutlicht werden muß allerdings, dass das Streben nach Einheit einer weiteren aktiven Teilnahme am europäischen Einigungsprozeß sowie einer Mitgliedschaft der EG nicht im Wege steht. Ein einheitliches Deutschland ist nur als demokratischer Staat in einem freien Europa denkbar.“

**Wolfgang Böttsch**: *Erklärung zum Jahreswechsel*, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 444, 28. Dezember 1989*

„Hektische Einseitigkeit allerdings hat die CSU in der Deutschlandpolitik nicht nötig. Weil wir stets im Grundsätzlichen Kurs gehalten haben, konnten wir pragmatisch das Mögliche tun. Wir haben immer gewußt, daß Deutschlandpolitik einen langen Atem braucht. Deshalb blieb es auch anderen, beispielsweise der SPD, vorbehalten, in Kurzatmigkeit und Widersprüchlichkeit zu verfallen. Es ist geradezu in seiner Peinlichkeit atemberaubend, wie die SPD ihre deutschlandpolitischen Irrwege – Spezialbeziehungen zur SED, Abrücken vom Ziel der Wiedervereinigung, Bestrebungen zur Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft sind nur einige Worte dafür! – vergessen machen will.“

**Theo Waigel**: *Reise der Ermutigung*, in: *Bayernkurier, Nr. 2, 13. Januar 1990, S. 1*



„Die gestrigen Äußerungen Gorbatschows anlässlich des Besuches von DDR-Ministerpräsident Hans Modrow in Moskau zur Deutschen Einheit sind zu begrüßen und geben Anlaß zu berechtigten Hoffnungen im Hinblick auf den deutschen und europäischen Einigungsprozeß. Der Wille der Menschen in beiden Teilen Deutschlands nach staatlicher Einheit ... wird jetzt auch offenkundig von der Sowjetunion respektiert. Gorbatschow beweist damit Realitätssinn und Gespür für politisch-historische Unabänderlichkeiten. Die Perspektiven für eine reibungslose Wiedervereinigung Deutschlands haben sich spürbar verbessert. Alle diejenigen, die bisher gemeint hatten, von einem vereinigten Deutschland würden Gefahren für die friedliche Entwicklung Europas ausgehen, werden auch durch Gorbatschow widerlegt.“

**Wolfgang Bötsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 42, 31. Januar 1990*

„Der Idee der ‚Militärische(n) Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation, wie sie Modrow vorschwebt, ist jedoch eine eindeutige Absage zu erteilen. Das westliche Bündnis ist mehr als eine rein militärische Vertragsgemeinschaft, nämlich eine politische Wertegemeinschaft. Die feste Verankerung der Bundesrepublik Deutschland in dieser Wertegemeinschaft ist für uns und alle europäischen Nachbarn die beste Gewähr für Frieden in Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit.“

**Wolfgang Bötsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 48, 1. Februar 1990*

„Es darf keine Vier-Sieger-Mächtekonferenz über Deutschland mehr geben, sondern nur noch Verhandlungen der beiden Staaten in Deutschland zusammen mit den Vier Mächten. ... Die KSZE ist das geeignete Forum, um im Anschluß an die Gespräche der beiden Staaten in Deutschland mit den Vier Mächten die Herstellung der deutschen Einheit einschließlich der Frage der Sicherheit der Nachbarstaaten zu besiegeln und damit den Abschnitt der Nachkriegsgeschichte in Europa endgültig zu beenden.“

**Wolfgang Bötsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 68, 4. Februar 1990*

„Auch das heute präsentierte Konzept [Anm.: der SPD] zur Erlangung der Deutschen Einheit kann nicht vergessen machen, daß die SPD bis vor kurzem die Partei der deutschen Zweistaatlichkeit gewesen ist.“

**Wolfgang Bötsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 95, 7. Februar 1990*

„Wie sich die aus der kommunistischen SED hervorgegangene PDS erdreisten kann, noch immer Vorbedingungen für die Deutsche Einheit stellen zu wollen, ist unerklärlich. Gerade durch sie wurde die deutsche Teilung manifestiert.“

**Rudolf Kraus**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 67, 14. Februar 1990*

„Auch wenn Deutschland wiedervereinigt wird – das wollen wir alle selbstverständlich –, kommt der Europäische Binnenmarkt. Darauf müssen wir unsere Steuerpolitik einrichten. ...“



Wenn man den Wählern im anderen Teil Deutschlands einen Rat geben darf: Wenn Sie sich unser Erfolgsrezept ansehen, müssen Sie sich gleichzeitig vor Augen halten, wer dieses Erfolgsrezept verwirklicht hat. Wenn ich die Äußerungen von Sozialisten in den allerletzten Tagen höre, liegt der Verdacht nahe, daß man dann, wenn man in dem vereinigten Deutschland die Mehrheit hat, wieder eine sozialistische Politik betreiben wird. Das ist nicht dazu angetan, daß es weiter aufwärts geht.“

**Michael Glos**, damals Vorsitzender der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU / CSU-Bundestagsfraktion, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 78, 15. Februar 1990*

„Der deutsche Einigungsprozeß darf den Blick allerdings nicht für die Realitäten und Notwendigkeiten zur Sicherung von Freiheit und Frieden verstellen. In einem geeinten Deutschland dürfen keine zwei Zonen unterschiedlicher Sicherheitsqualitäten entstehen.“

**Wolfgang Böttsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, 18. Februar 1990*

„Die CSU steht vor ihrem größten politischen Erfolg in der deutschen Nachkriegsgeschichte. 40 Jahre haben wir für die deutsche Einheit gekämpft. Man hat uns deshalb als ‚Revanchisten‘ und ‚Kalte Krieger‘ beschimpft. Heute steht fest: Die deutsche Einheit kommt, nicht in irgendeiner fernen Zukunft, sondern jetzt. ... Bayern wird nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit seine Funktion als Drehscheibe und Brücke zwischen Nord und Süd, Ost und West wiedergewinnen.“

**Max Streibl**: *Bayern steht bereit*, in: *Bayernkurier*, Nr. 9, 3. März 1990, S. 1

„Und nicht ein geteiltes, sondern ein einiges Europa ist der Garant des Friedens, und ein einiges stabiles Europa ist auf Dauer nur mit einem wiedervereinigten Deutschland möglich.“

**Wolfgang Bötsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 98, 8. März 1990*



Foto: Bundesbildstelle

Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

„Jetzt findet Deutschland seinen richtigen Platz in der Gemeinschaft der freien, friedliebenden und souveränen Völker. Der beharrliche Kampf um die nationale Einheit, das standhafte Bekenntnis zur westlichen Wertegemeinschaft, zur selbstbewußten Demokratie und zur individuellen Freiheit zahlen sich aus. ... Die Einheit ist eine historische Aufgabe der Deutschen. ... Wurde früher die Teilung Europas in Blöcke als Garant der Stabilität angesehen, so setzt sich zunehmend die Einsicht von der Stabilität Europas durch Einheit Deutschlands und Überwindung der Grenzen durch. Damit könnten wir jenem Zustand näherrücken, den Kant in der Idee des Ewigen Friedens fixiert hat.“

**Theo Waigel**: *Rede des Bundesministers der Finanzen am 23. Mai 1990, anlässlich der ersten parlamentarischen Beratung des Vertrags über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik*

„In einem geeinten Deutschland dürften sich die politischen Proportionen zwar verschieben, eine Einflußeinbuße der CSU darf dies aber nicht bedeuten. Die CSU und Bayern konnten schon in der Vergangenheit mehr politisches Gewicht einbringen, als eine rechnerische Betrachtungsweise vermuten läßt. ... Die CSU muß Konsequenzen daraus ziehen, daß sich die Gesellschaft strukturell ändert, sich immer stärker differenziert und in Einzelinteressen auseinanderfällt. Es ist für eine große Volkspartei wie die CSU wichtig, die Kompetenz bei den großen Themen – z. B. Deutsche Einheit, Umweltschutz – unter Beweis zu stellen, die eben nur von Volksparteien gelöst werden können.“

**Erwin Huber:** *CSU-Generalsekretär, nachrichten-meinungen-hintergründe (Hg. CSU), Mai 1990, S. 15*

Wolfgang Bötsch erwartete, „daß uns die deutsche Einheit nach einer kurzen Übergangszeit eher Geld einzusparen hilft, als daß sie uns zusätzlich etwas kostet. ... Es ist besser, in die Deutsche Einheit zu investieren, als die Teilung, wie bisher, auf Dauer zu subventionieren.“

**Wolfgang Bötsch,** *zitiert nach: Mainpost, 12. Juni 1990*

Auf die Frage, welche Konsequenzen sich ergeben für die deutsche Wiedervereinigung aus dem Bundesverfassungsurteil zum Grundlagenvertrag von 1973:

„Durch diesen Spruch des Bundesverfassungsgerichtes blieb die deutsche Frage offen. Das war das entscheidende politische Signal. Damit konnten Brandt und andere ihre Ostpolitik nicht so wie ursprünglich geplant vollziehen. Politik und alle offiziellen Stellen blieben aufgefordert, alles zu tun, um die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen und alles zu unterlassen, was sie gefährden könnte. Die Wiedervereinigung blieb weiter Aufgabe der deutschen Politik und der drei Siegermächte; sie hätten sich andernfalls alle nicht mehr verpflichtet gefühlt, und wir alleine hätten die Kraft dazu nicht gehabt.“

**Theo Waigel:** *Interview in: Löwe und Raute, August 1990, S. 21*

„Die heutige DDR wird kein Gebiet zweiter Klasse sein. Es gilt der Föderalismus in ganz Deutschland.“

**Wolfgang Bötsch,** *zitiert nach: Die Welt, 3. September 1990*

„In dieser Stunde denke ich an einen Politiker, der nicht mehr unter uns ist, der beharrlich und unverzagt an die Einheit Deutschlands geglaubt und für die Verwirklichung gearbeitet hat: an Franz Josef Strauß. ... Ich darf wohl für die CDU / CSU und auch für mich selbst in Anspruch nehmen, dass wir über die gesamte Zeit die entschiedensten Verfechter der deutschen Einheit gewesen sind. So werden Sie verstehen, dass der 3. Oktober 1990 auch für die CDU / CSU und für mich ganz persönlich ein Tag der großen Freude und Genugtuung ist. ... Neben der Freude in diesen Tagen bewegt mich in erster Linie Dankbarkeit. Dankbarkeit gegenüber allen, die zu dem Prozess der deutschen Einheit beigetragen haben und die ihn gefördert haben. Die friedliche Revolution in der DDR habe ich bereits genannt. Gorbatschow für seine Politik der Perestroika. Ungarn für sein historisch bleibender Verdienst, als erstes Land Osteuropas Mauer und Stacheldraht durchbrochen zu haben.“

**Richard Stücklen**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 351, 20. September 1990*

„Am 3. Oktober 1990 wird die Flagge des Unrechts und der Spaltung über dem Brandenburger Tor unwiderruflich niedergeholt und vereinigen sich die Deutschen unter dem Schwarz-Rot-Gold des Grundgesetzes – demokratisch, sozial und frei – zum wieder gemeinsamen Rechtsstaat.“

**Gerhard Scheu**: *Sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, zitiert nach: CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 350, 20. September 1990*

„Die CSU hat besonderen Anlaß, sich über die Wiedererlangung der Einheit des Vaterlandes zu freuen. Die Wahrnehmung nationaler Verantwortung war uns stets und auch in unbequemen Zeiten selbstverständliche Pflicht. Von der von Hans Ehard im Juni 1947 nach München einberufenen gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz über den von Franz Josef Strauß zum Grundlagenvertrag der SPD / FDP-Koalition bewirkten Gang des Freistaates Bayern zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, durch den der Weg zur Anerkennung deutscher Zweistaatlichkeit versperrt und jede Bundesregierung auf die Einheit verpflichtet wurde, bis zu unserer konkreten und verantwortlichen Gestaltungsarbeit am Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und am Einigungsvertrag zieht sich eine konsequente Linie der Grundsatztreue und Glaubwürdigkeit. Für uns, die CSU, war die deutsche Frage immer offen, stand sie immer auf der Tagesordnung der Politik.“

**Theo Waigel**: *Willkommen, Deutschland!*, in: *Bayernkurier, Nr. 39, 29. September 1990, S. 1*

„Der Ruf der Demonstranten in Leipzig, Dresden und anderswo, ‚Wir sind ein Volk‘, hat sich bewahrheitet. Die Teilung Deutschlands ist mit dem 3. Oktober endgültig überwunden. Dies ist ein Grund zur Freude für alle. Der 3. Oktober, der Tag der Deutschen Einheit, ist auch ein Zeichen dafür, dass sich die Idee der Freiheit stärker erwiesen hat als die Willkür des Sozialismus.

Die CSU war die Partei, die beharrlich und vorbehaltlos am Ziel der Einheit und der Freiheit festgehalten hat. Damit haben wir den Menschen, die über 40 Jahre in sozialistischer Unfreiheit und Willkür lebten, Hoffnung, Kraft und Zuversicht gegeben. ...

Wir haben mit der Deutschen Einheit etwas erreicht, was den Deutschen seit dem Westfälischen Frieden im Oktober 1648 versagt blieb, nämlich die Deutsche Einheit mit der Zustimmung aller unserer Nachbarn. Dies ist ein Erfolg und eine Verpflichtung gleichzeitig. ... Wir haben die Chance, in einem vereinigten Vaterland in Freiheit und Wohlstand zu leben und den Frieden in Europa durch eine Verständigung und Aussöhnung mit den Völkern des Ostens zu festigen. Wir sollten diese Chance nicht vergeben.“

**Wolfgang Bötsch:** *Erklärung zum 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit im Deutschen Bundestag, zitiert nach: CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 364, 2. Oktober 1990*

„Sie [Anm.: die CSU] stellt sich dem Votum der Wählerinnen und Wähler auch in dem Bewusstsein, in historischer Zeit einen bedeutsamen, markanten und unverwechselbaren Beitrag zur Politik in und für Deutschland geleistet zu haben und zu leisten.“

**Erwin Huber:** *Hoffnung und Zuversicht, in: Bayernkurier, Nr. 40, 6. Oktober 1990, S. 1*

„Der 9. November markiert ein wesentliches Ergebnis der friedlichen Bürgerrevolution in der ehemaligen DDR. Diese friedliche Revolution hat nicht nur die sozialistischen Unterdrücker und das SED-Regime beiseite gefegt, sondern in aller Welt Sympathie und Vertrauen in die Friedfertigkeit des deutschen Volkes gewonnen.“

**Wolfgang Bötsch,** *zitiert nach: CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 419, 8. November 1990*

„Gorbatschow beginnt seinen Besuch an einem geschichtsträchtigen Datum für Deutschland. Genau ein Jahr nach der Maueröffnung kommt er in das nun geeinte Deutschland. Dieser Besuch ist auch Anlaß, sich zu vergegenwärtigen, daß der Schlüssel zur deutschen Einheit in Moskau lag.“

**Wolfgang Bötsch,** *zitiert nach: CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 421, 9. November 1990*



„Es hat ein unschönes Wettrennen darüber begonnen, wer den Befehl zur Öffnung der Mauer im letzten Jahr gegeben hat. Ehemalige Größen der stalinistischen SED übertreffen sich, wenn es darum geht, die Urheberschaft für den Befehl zur Maueröffnung zu erlangen. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, dass die äußerliche Wandlung vom ‚vom Saulus zum Paulus‘ in vollem Gange ist.“

**Rudolf Kraus**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 423, 9. November 1990*

„Man muss schon blind SPD orientiert sein, um die Behauptung aufstellen zu können, diese Partei habe den Prozeß zur Deutschen Einheit konstruktiv begleitet. Große Teile der deutschen Sozialdemokratie haben mit allem Nachdruck versucht, die Wiedervereinigung zu vereiteln und die Teilung zu zementieren.“

Unvergessen bleibt das Schlagwort ‚Wandel durch Annäherung‘, das mit der Zeit zum Schlagwort ‚Wandel durch Anbiederung‘ wurde.“

**Rudolf Kraus**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 446, 22. November 1990*

ab 1990



„Als die Berliner Mauer fiel, setzte ich sofort eine Projektgruppe Wiedervereinigung ein, so daß ich im Frühjahr 1990 ganz konkrete Vorschläge zu Verkehrsfragen der Einheit vorlegen konnte. ... Heute möchte sich niemand mehr daran erinnern, aber damals stand die Bundespolitik unter einem geradezu hysterisch angeheizten Druck von links, nur ja nicht einfach die Wiedervereinigung anzustreben, sondern die heilige deutsche Zweistaatlichkeit aufrechtzuerhalten, an die sich doch alle so wunderbar gewöhnt hatten und die doch angeblich auch unseren Nachbarn so herzlich zusagte. Die SPD, die seit Jahren die ‚Anerkennung der DDR‘ gefordert und die Wiedervereinigung als ‚Lebenslüge des deutschen Volkes‘ (Willy Brandt), als ‚Lüge‘, ‚Heuchelei‘, ‚Quatsch‘ (Egon Bahr) bezeichnet hatte, kämpfte erbittert gegen die Wiedervereinigung, vornean Lafontaine, der ja dann auch die Verachtung unserer Mitbürger während seines Wahlkampfes zu spüren bekam. Der von der SPD gestellte Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, gab am Tage des Mauer-Durchbruchs die Parole aus: ‚Dies ist die Stunde des Wiedersehens und nicht der Wiedervereinigung.‘ ...

Die große Zeit der Wiedervereinigung, der Befreiung unserer jahrzehntelang unterdrückten Mitbürger, war in Wahrheit eine Zeit elendster Kleinkleckerei, gespeist offensichtlich aus der Dumpfheit der angeblichen Fortschrittler, die nichts so verabscheuen wie den Fortschritt, die sich an die Teilung und den Sowjetblock und all die angeblichen Unabänderlichkeiten gewöhnt hatten und einfach nicht damit fertig wurden, daß das alles nun weggefegt wurde und eine neue, freiheitliche Weltordnung über die Krähwinkeldiplomatie von gestern hereinbrach. So suchten sie krampfhaft festzuhalten, was nicht zu halten war. ...

Als mich im Frühjahr 1990 die Aufforderung erreichte, an dem Wahlkampf im Osten zur Wahl des 18. März teilzunehmen, den ich nie anders denn als Wiedervereinigungs-Wahlkampf angesehen habe, sagte ich mit Freuden zu.

...

Als ich meine Rede [Anm.: in Plauen] mit den Worten begann: ‚Wenn Franz Josef Strauß noch lebte, was würde er heute sagen?‘, unterbrach mich ein donnernder Chor – sie skandierten erst den Namen von Strauß, dann meinen Namen. ... zeitweise glaubte ich alter Wahlkampf-Routinier wirklich, mir würde die Stimme versagen – so eine Menschenmasse, so eine Stimmung habe ich in vierzig Jahren aktiver Politik nie erlebt. Welch eine grenzenlose Freude war in diesen Menschen darüber, daß wir ihnen Freiheit und Hilfe brachten, was für ein Jammer, daß es der SPD und den Gewerkschaften später in fleißiger Arbeit gelang, diese Stimmung zu vermiesen und den Menschen Ängste einzureden, zu denen keinerlei Anlaß bestand.“

**Friedrich Zimmermann** (Bundesminister des Innern und für Verkehr in der Regierung Kohl) in seinen Memoiren: *Kabinetttstücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976-1991, München 1991, S. 308 ff.*

**Aus Kasernen werden Wohnungen**

**D**as friedliche Miteinander in Europa macht es möglich: In den kommenden Jahren werden in der Bundesrepublik Deutschland viele Grundstücke und Gebäude der Bundeswehr und der hier stationierten Streitkräfte freigegeben. Eigentümer der Liegenschaften ist der Bund, zuständig ist Bundesfinanzminister Dr. Theo Wäigel.

**Mein Konzept:**

Die Bundesländer, Landkreise, Städte und Gemeinden erhalten die Grundstücke stark verbilligt (bis zu 50 % Nachlaß)

- für den sozialen Wohnungsbau,
- für Altenwohnungen, Alters- und Pflegeheime,
- für Heime, Bildungseinrichtungen und Werkstätten für Behinderte,
- für Kläranlagen und Einrichtungen zur Müllentsorgung.

**CSU**

„Er [Anm.: Oskar Lafontaine] hat sich bis heute nicht mit der Tatsache abfinden können, daß die Menschen in Deutschland im Gegensatz zu ihm die Einheit wollten. Das Tempo zur Herstellung der deutschen Einheit war richtig.“

**Rudolf Kraus**, zitiert nach: *Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 374/1991, 2. Oktober 1991*

„Seit 1989 steht der 9. November aber auch für ein erfreuliches Ereignis in der deutschen Geschichte. Die Maueröffnung an diesem Tag beseitigte die furchtbaren Folgen von Teilung, Stacheldraht und Schießbefehl.“

**Wolfgang Böttsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 431, 8. November 1991*

„Die geistige und soziale Wiedervereinigung Deutschlands ist mehr als der staatsrechtliche Einigungsvertrag und mehr als alle Milliardentöpfe für die neuen Länder. Die finanzpolitischen Schwierigkeiten sind groß. Aber es wird sich zeigen: die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Wiederaufbaus im Osten sind eine leichte Verstauchung gemessen am gesellschaftspolitischen Wachstums- und Heilungsprozeß, den Deutschland jetzt durchmachen muß. ... an unserem Grundsatzprogramm dokumentiert sich unser bundesweiter – d. h. heute gesamtdeutscher Anspruch. Wir halten daran fest: ‚Die CSU ist nicht nur die Bayerische Volkspartei! Die CSU trägt nationale Verantwortung für das vereinte Deutschland!‘“



**Edmund Stoiber**: *Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission und Staatsminister des Innern, am 8. März 1991 in Ingolstadt*

„Der Nationalstaat des letzten Jahrhunderts hat sich überlebt. Aber die identitätsstiftende Wirkung der Nation ist geblieben.“

**Edmund Stoiber**: *Europa: Einheit in Vielfalt, Rede zum Kongress der Grundsatzkommission am 20. Juli 1991 in Erding*

„Niemand kann und wird die Schwierigkeiten verschweigen oder unter den Tisch kehren wollen, die sich in der praktischen Ausgestaltung der Einheit Deutschlands darstellen.“

**Wolfgang Böttsch**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 493, 2. Oktober 1992*

„Der Freiheitskampf der Deutschen in der ehemaligen DDR und das Ende der künstlichen Teilung Deutschlands sind Anlaß zu freudiger Erinnerung und erlauben einen zuversichtlichen Blick in die künftige deutsche und europäische Geschichte.“

**Eduard Oswald**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe, Nr. 440, 8. November 1993*



Foto: Bundesbildstelle

„Wir haben die deutsche Einheit in Freiheit gegen den Willen der vereinigten Linken erreicht.“

**Theo Waigel:** Erklärung des Parteivorsitzenden anlässlich der CSU-Parteivorstandssitzung am 11. April 1994

„Ob wir eine friedliche und solidarische Gesellschaft sind, wird auch davon abhängen, wie wir die innere Einheit Deutschlands bewältigen. Dies bleibt eine große und schwere historische Aufgabe, die alle unsere Anstrengungen erfordert.“

**Edmund Stoiber:** Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten am 30. Juni 1993



„Ohne dieses Vertragswerk [Anm.: Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von 1990] wäre die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen.“

**Theo Waigel,** zitiert nach: *Münchener Merkur*, 14./15. Mai 1994

„Freiheit ist ein Wert an sich, der nicht in Mark und Pfennig ausgerechnet werden kann. Die objektiv vorhandenen Probleme und Anpassungsschwierigkeiten beim Aufbau Ost dürfen den Blick nicht verstellen für das bereits Erreichte und für die nach dem Fall der Mauer wiedergewonnenen und am 3. Oktober durch den Beitritt zur Bundesrepublik zementierten Werte.“

**Michael Glos,** zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe*, Nr. 462, 30. September 1994

50 Jahre nachdem die Rote Armee in Ostpreußen erstmals deutschen Boden betreten habe – so Theo Waigel in seiner Bilanz zur Wiedervereinigung anlässlich des CSU-Festaktes zum Tag der Deutschen Einheit in Regensburg – „steht Deutschland zum ersten mal in diesem Jahrhundert auf der Seite der Gewinner der Geschichte. Die Zuversicht der CSU in den langen Atem der Geschichte war berechtigt.“

**Theo Waigel**, zitiert nach: *Mittelbayerische Zeitung*, 4. Oktober 1994

„Der 9. November 1989 bleibt ein Tag der Freude in der Geschichte Deutschlands. Die Maueröffnung läutete das Ende der über 40jährigen Tyrannei und SED-Knechtschaft in der ehemaligen DDR ein.

... Wir dürfen und werden nicht hinnehmen, daß sich die geistigen und politischen Nachfolger der für die Mauer und Unfreiheit in der ehemaligen DDR Verantwortlichen heute zu den Interessenvertretern der Menschen in den neuen Ländern ernennen. ...

Wer die Verbrechen verharmlost, generelle Amnestie für die Täter fordert und in der SED-Nachfolgepartei PDS einen gleichwertigen Partner im demokratischen Parteienspektrum erblickt, versündigt sich an den Opfern und gefährdet die demokratische Zukunft Deutschlands. ...

Die in der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 erkämpfte und mit der Maueröffnung vom am 9. November 1989 erreichte Freiheit darf nicht durch Wegschauen, Gleichgültigkeit oder Sprachlosigkeit denjenigen Kräften überlassen werden, die eine andere Republik wollen. Trotz aller ökonomischen und materiellen Herausforderungen, die den Prozeß der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands noch erfordert und mancher vielleicht nicht erfüllter Erwartungen mahnt der 9. November herauszustellen, welche Werte Freiheit und Menschenrechte darstellen.“

**Michael Glos**: *Erklärung zum sechsten Jahrestag der Maueröffnung*, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe*, Nr. 426, 8. November 1995

„Die Menschen in Deutschland Ost und West können stolz auf diese historische einmalige Gemeinschaftsleistung sein.“

**Eduard Oswald**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe* Nr. 286, 1. Oktober 1996

„Der 9. November ist ein freudiges und glückliches Datum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Es markiert den Wendepunkt in der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte. Der historische Tag mahnt uns alle, den Wert der Freiheit richtig und angemessen zu würdigen.“

**Michael Glos**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe* Nr. 332, 8. November 1996

„Ich meine, daß die Ministerpräsidenten [Anm.: Ministerpräsidentenkonferenz 1947] ganz deutlich gesehen haben, daß der Schritt der Besatzungsmächte, also der Militärgouverneure, sie in eine ganz schwierige Lage gebracht hatte. Sie hatten gesagt: ‚Wir machen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet und führen eine neue Währung und den Markt ein. Und wir machen auch ein einheitliches politisches Gebilde und den Entwurf einer Verfassung‘ – wie auf Herrenchiemsee geschehen. Die schwierige Lage bestand darin, die Hand der Besatzungsmächte annehmen zu wollen, sie nicht zurückzustoßen. Aber das wäre auch gar nicht möglich gewesen. Man sah zudem, daß man auf diese Weise ein Stück Souveränität und Unabhängigkeit zurückgewinnen und es damit vielleicht auch eine Rückkehr in die geordnete Wirklichkeit der europäischen Staaten geben könnte. Auf der anderen Seite wußte man natürlich auch, daß das die Teilung Deutschlands bedeuten wird. Das war ein wirklich ganz schwieriger Gewissenskonflikt, der auf dieser Konferenz der Ministerpräsidenten erörtert worden ist.“

**Franz Heubl**, Mitbegründer der CSU, in der Sendung *Alpha Forum des Bayerischen Fernsehen (BR Alpha)*, 21. August 1998

„Es war schon erstaunlich, daß wir als eine Partei, die nur in Bayern kandidierte, eigentlich die Partei der deutschen Einheit waren. Es gab ja damals in der CDU – nicht bei Helmut Kohl – zum Teil die Vorstellung, die Wiedervereinigungsforderung nicht mehr zu erheben und aus dem Grundsatzprogramm zu streichen. Demgegenüber hat die CSU und die bayerische Staatsregierung unter Goppel – und natürlich unter maßgeblicher Beeinflussung von Franz Josef Strauß – den Gang nach Karlsruhe gewagt, und damit die deutsche Frage für offen erklären zu lassen. Insofern hat die CSU einen ganz entscheidenden Beitrag zur deutschen Einheit geleistet. ...

Wer hätte in der damaligen DDR die Kraft besessen, über zwei, drei oder vier Jahre hinweg die ungeheuer schmerzlichen Maßnahmen durchzusetzen, die bei diesem Transformationsprozeß einer staatsgelenkten Wirtschaft in eine freie Marktwirtschaft durchzuhalten gewesen wären? ... Der normale Weg eines Stufenprogramms, einer schrittweisen Anpassung – so wie es die anderen Länder im früheren Ostblock machen mußten und heute noch machen – war uns in Deutschland versperrt, weil das ein Volk und ein Staatsvolk war und die Menschen aus dem Grundgesetz heraus einen Anspruch darauf hatten, normal und gleichberechtigt behandelt zu werden. Von daher gab es unsererseits damals dieses Angebot, das für viele überraschend kam und womit wir im Grunde die Wiedervereinigung zum irreversiblen, d. h. nicht mehr unterbrechbaren politischen Prozeß gemacht haben.“

**Theo Waigel**, in der Sendung *Alpha Forum des Bayerischen Fernsehen (BR Alpha)*, 15. Januar 1999

„Die Wiedererlangung der Deutschen Einheit in Frieden und Freiheit ist und bleibt die größte historische Leistung der Regierung Kohl / Waigel.“

**Michael Glos**, zitiert nach: *CSU Presse-Mitteilungen, Nachrichten aus der CSU-Landesgruppe Nr. 530*, 3. Oktober 1999



„Dabei galt im Westen unter der realen Bedrohung des expansiven Kommunismus die vorherrschende und historisch ja auch konsequente und richtige Devise: Freiheit geht vor Einheit. Die politische Linke im Westen aber irrte, als sie die Anerkennung der Teilung forderte. Es ist standhaften Persönlichkeiten wie Helmut Kohl und Franz Josef Strauß zu verdanken, dass die Einheit Aufgabe der deutschen Politik geblieben ist. Sie hatten den notwendigen langen historischen Atem. Sie hatten die Kraft, gegen den Strom des Zeitgeists zu schwimmen.“

**Edmund Stoiber:** *damaliger Bayerischer Ministerpräsident und Parteivorsitzender, anlässlich der Verleihung des Franz Josef Strauß-Preises der Hanns-Seidel-Stiftung an Helmut Kohl am 30. September 2005, in: Franz Josef Strauß Preis 2005. Dokumentation der Preisverleihung an Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl am 30. September 2005, S. 37 f.*

„Zu Recht gilt die Wiedervereinigung unseres Vaterlands in Frieden und Freiheit als eine Leistung historischen Ausmaßes. ... Die Herstellung der Deutschen Einheit war von so großer Tragweite, weil sie zu einer grundlegenden Änderung der europäischen Nachkriegsarchitektur führte. Sie vollzog sich auf friedlichem Weg und im Einvernehmen mit allen Nachbarn und Partnern Deutschlands. Dies ist der entscheidende Unterschied zur Einigung von 1871, die im Zeichen von ‚Blut und Eisen‘ stand. Wir haben dafür nicht den Preis der Neutralität bezahlen müssen, Deutschland blieb im Westen verankert und schlitterte nicht in eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West.“

**Theo Waigel:** *Laudatio zur Verleihung des Franz Josef Strauß Preises der Hanns-Seidel-Stiftung an Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl am 30. September 2005*

„Für uns stand immer fest, dass die Spaltung Deutschlands keinen Bestand haben darf. Bei allen anderen Parteien gab es dagegen Bestrebungen, das Ziel der Einheit aufzugeben. Nur wir haben als einzige Partei in Deutschland stets unverbrüchlich an der Einheit festgehalten. ... Die CSU ist die Partei der deutschen Einheit.“



**Horst Seehofer:** *Bayerischer Ministerpräsident und Parteivorsitzender, Partei der Deutschen Einheit, in: Bayernkurier, Nr. 45, 7. November 2009, S. 15*

„Je mehr die Dimensionen der Schwierigkeiten und des vor allem auch materiellen Preises der Wiedervereinigung deutlich wurden, umso rauer wurde der Wind, auch der innerparteiliche. Als Bundesfinanzminister hatte der Parteivorsitzende der CSU im Prozess der Wiedervereinigung die härteste und undankbarste Aufgabe. Theo Waigel hat diesen geschichtlichen Hätetest bestanden. Der CSU hat es zwar aktuell Probleme gebracht, aber nicht geschadet. Im Gegenteil. Es bleibt der Verdienst von Theo Waigel, daß er die

CSU auf diesem Kurs gehalten hat. und damit unsere Partei ihrer geschichtlichen Verantwortung im Prozess der Wiedervereinigung gerecht geworden ist.“

**Alois Glück:** *Von Strauß über die Wiedervereinigung zum Euro, in: Ramsauer, Peter (Hg.): Weichenstellungen für Deutschland und Europa (Festschrift für Theo Waigel), München 2009, S. 51 ff. (S. 53)*



„Durch die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes geriet auch die deutsche Parteienlandschaft in Bewegung. Befürchtungen seiner Freunde und Hoffnungen der politischen Konkurrenz, die CSU würde im wiedervereinigten Deutschland an politischem Gewicht verlieren, erwiesen sich als unbegründet. Theo Waigel stabilisierte in der Ära nach Strauß das bundespolitische Gewicht der CSU auf hohem Niveau, obwohl Deutschland mit der Wiedervereinigung um fünf Bundesländer größer geworden war.“

**Ramsauer, Peter:** *Theo Waigel – Stationen eines Politikers, in: Ramsauer, Peter (Hg.): Weichenstellungen für Deutschland und Europa (Festschrift für Theo Waigel), München 2009, S. 9*

„Von Anfang an war die Deutsche Frage der Union wichtiger als der SPD. Innerhalb der Union war es die CSU, die mit besonderem Nachdruck die Deutsche Frage auf der politischen Agenda hielt. ...

Keine andere Partei hat sich der ‚Nebenaußenpolitik‘ des Kabinetts Brandt, seiner insgeheimen Ablehnung der Bindung Deutschlands an das transatlantische Bündnis und der damit verbundenen stillen Aushöhlung des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes so scharf abgegrenzt wie die CSU. ...

Es war Franz Josef Strauß, der nicht als erster und einziger, aber ganz sicher mit besonderem Nachdruck das gesamtdeutsche Profil der CSU schärfte. ...

Die CSU hat wie keine andere Partei das Unrecht, das die DDR verübte, beim Namen genannt und die Menschen, die unter diesem Regime zu leben und zu leiden hatten, nach Kräften unterstützt. Um das Recht der Menschen, auf ein besseres Leben in Frieden und Freiheit, in Wohlstand und Sicherheit zu verwirklichen, um dieses zutiefst humane Anliegen kämpfte Strauß nicht nur, als es gegen den Grundlagenvertrag ging. ...

So hartnäckig und unbeugsam, wie die CSU in der deutschen Frage mit Franz Josef Strauß war, blieb die CSU auch mit Theo Waigel. Als Nachfolger im CSU-Vorsitz und dann als Bundesfinanzminister knüpfte Waigel an diese Politik ungebrochen an. Als Waigel im Sommer 1989 davon sprach, dass die Wiedervereinigung wieder auf der Tagesordnung der Weltpolitik stehe, wurde er aus den verschiedensten politischen Richtungen – vornehmlich der linken – dafür verspottet. ...

---

Die Einheit umzusetzen, war die Leistung des Kanzlers der Einheit – Helmut Kohl. Für die CSU war es Theo Waigel, der an Kohls Seite maßgeblich für die Wiedervereinigung gearbeitet hat. Er hat sich und der CSU größte Verdienste beim Aushandeln des Staatsvertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion erworben, den er am 18. Mai 1990 für die Bundesrepublik unterzeichnete. Die Einführung der D-Mark in der DDR war der unumkehrbare Schritt zur staatlichen Einheit. Aber auch am Abzug der russischen Truppen aus Deutschland hat Theo Waigel maßgeblich mitgewirkt. In schwierigen Verhandlungen gelang es ihm, dass 600.000 Russen Mitteleuropa friedlich verlassen haben. Theo Waigel darf sich deswegen zu Recht als einer der Architekten der Einheit bezeichnen lassen. ...

Am Jahrestag des Falls der Berliner Mauer blicken wir mit Stolz auf die Verdienste von Franz Josef Strauß, von Theo Waigel und der CSU zurück. Gerade an diesem historischen Datum bewahrheitet sich: Die CSU ist die Partei der Deutschen Einheit.“

**Horst Seehofer:** *Die CSU und die Deutsche Einheit, in: Politische Studien, Themenheft 1/2010, 20 Jahre Deutsche Einheit, S. 18 ff. (S. 19, S. 25 f.)*



## Personenregister

Becher, Walter	22.03.1965	27.11.1970	22.06.1972
Bötsch, Wolfgang	19.01.1989	15.06.1989	11.07.1989
	13.07.1989	28.11.1989	04.12.1989
	20.12.1989	28.12.1989	31.01.1990
	01.02.1990	04.02.1990	07.02.1990
	18.02.1990	08.03.1990	12.06.1990
	03.09.1990	02.10.1990	25.10.1990
	08.11.1990	09.11.1990	08.11.1991
	02.10.1992		
Ehard, Hans	06.06.1947	03.04.1948	
Glos, Michael	15.02.1990	30.09.1994	08.11.1995
	08.11.1996	03.10.1999	
Glück, Alois	01.01.2009		
Goppel, Alfons	14.11.1966	18.06.1973	12.12.1975
	21.12.1975	16.06.1977	
Guttenberg, Karl Theodor von und zu	17.07.1965	02.09.1965	10.06.1966
	16.06.1966	05.12.1966	13.01.1969
	27.05.1970		
Heubl, Franz	01.01.1971	21.08.1998	
Huber, Erwin	29.09.1989	01.05.1990	
Huyn, Hans Graf	23.05.1979	01.07.1979	02.06.1980
	21.03.1981		
Jaeger, Richard	01.04.1959	18.04.1968	26.09.1968
	12.12.1968	17.07.1969	17.10.1972
Kraus, Rudolf	04.12.1989	14.12.1989	14.02.1990
	09.11.1990	22.11.1990	02.10.1991
Lintner, Eduard	27.10.1984	11.03.1988	16.06.1988
	20.07.1988	11.08.1988	17.11.1989
Oswald, Eduard	08.11.1993	01.10.1996	
Ramsauer, Peter	01.01.2009		
Schäffer, Fritz	19.11.1958		

Scheu, Gerhard	20.09.1990		
Seehofer, Horst	07.11.2009	01.01.2010	
Stoiber, Edmund	08.03.1991	20.07.1991	30.06.1993
	01.01.1995	30.09.2005	
Strauß, Franz Josef	07.02.1952	10.07.1952	05.12.1952
	24.02.1955	01.01.1965	01.01.1966
	01.01.1968	23.02.1970	17.10.1971
	17.01.1972	02.06.1973	04.08.1973
	01.01.1975	07.11.1979	01.01.1980
	01.01.1982	18.06.1983	04.08.1983
	03.09.1983	01.01.1984	19.05.1984
	14.11.1984	01.12.1984	01.05.1985
	11.07.1986	05.06.1988	11.09.1988
	02.07.1989	03.08.1991	
Streibl, Max	28.09.1989	29.09.1989	18.11.1989
	03.03.1990		
Stücklen, Richard	25.01.1967	14.06.1967	08.09.1967
	28.09.1967	13.10.1967	19.10.1967
	08.02.1969	28.08.1969	05.04.1970
	04.09.1971	01.12.1971	23.02.1972
	01.12.1972	10.08.1973	10.08.1974
	23.06.1975	11.07.1975	05.09.1975
	21.01.1977	20.09.1990	
Waigel, Theo	12.03.1976	16.07.1983	05.02.1986
	05.01.1987	29.12.1987	21.10.1988
	27.10.1988	02.07.1989	10.07.1989
	18.11.1989	09.12.1989	15.12.1989
	13.01.1990	23.05.1990	01.08.1990
	29.09.1990	11.04.1994	14.05.1994
	15.01.1999	30.09.2005	
Wiesheu, Otto	30.04.1983		
Zimmermann, Friedrich	01.09.1978	27.07.1979	03.10.1979
	01.12.1979	04.01.1988	01.01.1991

Die Porträtfotos sollen den zitierten Akteuren ein Gesicht geben, die Karikaturen und Plakate sowie weitere Fotos den zeitlichen Bezug veranschaulichen und dem Leser einen Eindruck des jeweiligen Zeitgeistes vermitteln. Die Abbildungen stammen größtenteils – und insofern nicht anders angegeben – aus dem Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) der Hanns-Seidel-Stiftung. Ein besonderer Dank gilt dem Bundesarchiv, der Bundesbildstelle, Nordpress (Hannover) und dem Institut der deutschen Wirtschaft (Köln) für die Wiedergaberechte.



